Alfred Schmucker

Muna Langendamm

– Fluch oder Segen? –



Luft-Haupt-Munitionsanstalt 3/XI

Herausgeber:	Förderverein »Im Wohlde« e.V.
Autor:	Alfred Schmucker
Satz und Layout:	Norbert Slawojewski
Druck:	Gemeindebriefdruckerei Groß Oesingen
Vertrieb:	Förderverein »Im Wohlde« e.V.

Alfred Schmucker

Muna Langendamm – Fluch oder Segen?

Alfred Schmucker

Vorbemerkungen

Das kleine Heidedörfchen Langendamm hat mit der unter nationalsozialistischem Regime erbauten Munitionsanstalt eine schicksalhafte Entwicklung genommen. Während die ältere Generation die Muna-Zeit von 1935 bis 1945 und ihre negativen wie auch positiven Nachwirkungen noch direkt und bewusst erlebte, hat die jüngere Generation kaum Kenntnisse von den damaligen Zuständen. Der Ortsrat Langendamm, zuständig für die Pflege der örtlichen Geschichte und des Brauchtums, aber auch viele andere Bürgerinnen und Bürger, haben großes Interesse daran, die Ereignisse von damals wieder in Erinnerung zu bringen. Hierzu einen entsprechenden Beitrag zu leisten, war für mich der Anlass, über die Lufthauptmunitionsanstalt 3/XI Nienburg/Langendamm (im Folgenden kurz Muna genannt) zu schreiben und in möglichst anschaulicher Weise durch authentische und dokumentarische Aussagen von Zeitzeugen, alten Fotos und Lageplänen das Thema aufzuarbeiten. Es ist eine längst überfällige und notwendige Ergänzung der bislang äußerst dünnen Quellenlage.

Leider sind Sachakten militärischer Kommandobehörden, Verbände und Einheiten der ehemaligen deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS oft nur splitterhaft überliefert. Viele Dokumente sind durch Kriegseinwirkung und auch durch gezieltes Vernichten von Schriftgut bei Feindgefahr verloren gegangen. Das trifft im besonderen Maße für die Unterlagen ehemaliger Produktionsstätten von militärischen Rüstungsgütern zu, so die Auskunft des Bundesarchives, Abteilung Militärarchiv. So sind auch im Stadt- und Kreisarchiv Nienburg kaum aussagekräftige Unterlagen über diesen für Langendamm so markanten Zeitabschnitt zu finden. Daher lassen sich bestimmte Sachverhalte nicht mehr klären.

Als Grundlage für meine Recherchen dienten mir deshalb hauptsächlich u.a. Fotos und Manuskripte aus dem Privatarchiv von Alfred Dreppenstedt und Aussagen mehrerer anderer Zeitzeugen, dazu noch öffentlich zugängliche Internetbeiträge, zahlreiche Pressemitteilungen verschiedener Zeitungsverlage, ein Gutachten des Niedersächsischen Landesamtes für Wasser und Abfall, Lagepläne des Niedersächsischen Umweltministeriums, eine Teilkopie eines Originallageplanes der Engländer, eine Dokumentation über den Bautenbestand der Muna Langendamm vom Fachbereich Stadtentwicklung der Stadt Nienburg, das Buch „Geschichte eines Dorfes" von Wilhelm Stelling und eine Abhandlung über die „Geschichte der MUNA Langendamm" von Ingrid Sprock.

Dem Leser soll ein Gesamtüberblick über diesen Geschichtsabschnitt vermittelt werden und aufzeigen, wie stark die Muna die Entwicklung Langendamms beeinflusst hat. Die Dokumentation beginnt mit der Entstehungsgeschichte des Ortes und seiner Bedeutungslosigkeit bis zum Bau der Munitionsanstalt. Es folgen allgemeine Aussagen über Aufrüstung und kriegsvorbereitende Maßnahmen, einschließlich der Verfahren zur Landbeschaffung für militärische Objekte nach Hitlers Machtergreifung. Im Mittelpunkt der Dokumentation stehen detaillierte Aufzählungen über Lage, Untergliederung in verschiedene Teilbereiche und Größe der Munitionsanstalt. Anhand von Fotos, alten Dokumenten und Aussagen von Zeitzeugen werden das Führungs- und Verwaltungspersonal vorgestellt, die Unterbringung der Zwangs- und Fremdarbeiterinnen und -arbeiter geschildert, die Arbeitsabläufe in den einzelnen Produktionsgebäuden, sowie die vorherrschenden und unmenschlichen Arbeitsbedingungen beschrieben. Sodann folgen

Zeitzeugenaussagen über das Ende der Muna mit den unbeschreiblich chaotischen Zuständen im Ort Langendamm. Ausführlich werden auch die Problematik, die Folgen der unter Zeitdruck erfolgten Sprengungen der Bunker, Lagerhallen und Munitionshäuser, sowie die tödlichen Gefahren, die über Jahre von dem Gelände ausgingen, behandelt. Es wird erinnert an die bürokratischen Schwierigkeiten zur späteren Wohnbebauung des Muna-Geländes durch Heimatvertriebene, deren Siedlungspolitik und die dringliche Beseitigung der angefallenen Rüstungsaltlasten der Muna. Die Schrift ist ein Stück Heimatgeschichte des Ortes Langendamm und lässt die Frage zu: „War die Muna-Zeit nun Fluch und/oder Segen für die Entwicklung des Ortes?" Die Antwort gibt möglicherweise eine Beschreibung des heutigen Langendamm zum Ende der Dokumentation.

An dieser Stelle darf ich mich bedanken

- *bei dem Ortsrat Langendamm, der als Herausgeber dieser Dokumentation sein besonderes Interesse und Verantwortung und Zuständigkeit für Pflege der Heimatgeschichte bekundet und das Projekt bezuschusst*
- *bei dem Förderverein „Im Wohlde" e.V., der die Veröffentlichung und den Vertrieb der Broschüre übernimmt*
- *bei Frau Alice Dreppenstedt, die mir freundlicherweise alle Aufzeichnungen des Privat-Archivs ihres verstorbenen Mannes Alfred Dreppenstedt überlassen hat. Die dort vorgefundenen umfangreichen Unterlagen waren mir bei meinen Recherchen die größte Hilfe.*
- *Bei der "Professor Dr. Volker und Dr. Hildegard Neuhoff-Fricke-Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kunst", die in großzügiger Weise mein Projekt finanziell unterstützt und damit die Herausgabe der Broschüre ermöglicht hat.*

Langendamm, im März 2017

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen 4

1. Entstehungsgeschichte Langendamm 7
   - 1664 bis 1933
2. Aufrüstung nach Hitlers Machtübername 1933 8
   - Allgemeine Kriterien für Munitionsanstalten
3. Anfänge und Bau der Muna Langendamm 10
   - Bauzeit, Lagepläne und Beschreibung der Teilbereiche
4. Betriebspersonal 18
   - Organisationsstruktur des Stammpersonals, des Offizierskorps, der Verwaltung, der Arbeiter
   - Sonderbehandlung von Zwangsarbeitern
5. Unterbringung 23
   - Kaderpersonal
   - Frauenlager
   - Männerlager
6. Produktionsablauf zur Herstellung von Munition 26
   - Füllstellenbereiche
   - Tätigkeiten in den einzelnen Hallen
7. Unmenschliche Arbeitsbedingungen 30
8. Ende der Muna 31
   - Übernahme durch die Engländer
   - Chaotische Zustände im Dorf
9. Sprengung der Bunker und Munitionsräumung 33
   - Explosion mit 17 Toten
   - Einsatz von Munitionsräumkommandos
10. Besiedelung des Geländes durch Heimatvertriebene 36
    - Schwierigkeiten bei Genehmigung von Baugebiet
    - Aufstellen eines Bebauungsplanes für Westerbuch Süd
11. Beseitigung der Rüstungsaltlasten 39
    - Probenentnahme in den Verdachtsflächen
    - Beseitigung von vergiftetem Erdreich
12. Langendamm heute 42
13. Anhang 44
    1. Heutige Nutzung ehemaliger Muna- Gebäude
    2. Gestattungsvertrag
    3. Beispiel einer freiwilligen Bewerbung
    4. Beispiel der Registrierung der Zwangsarbeiter
    5. Bild vom alten Langendamm
14. Quellenagaben 50

1. Entstehungsgeschichte Langendamm

Der Ort Langendamm liegt in Niedersachsen und ist heute ein Stadtteil der Kreisstadt Nienburg an der Weser. Im Vergleich zu Nienburg und den meisten Nachbarorten im Kreisgebiet ist Langendamm noch jung. Es entstand erst nach dem 30jährigen Krieg und wird urkundlich erstmals um 1664 erwähnt. Zu dieser Zeit gab es in der hiesigen Gegend beiderseits des Wesertales eine Menge großflächiger, unwegsamer Moorgebiete. Lediglich zwei alte, gut befahrbare Wege führten durch Nienburger Gebiet. Der „Volksweg" verlief von Bremen über eine Weserbrücke bei Nienburg weiter nach Osten Richtung Hannover und bildete die Grenze zwischen den Bistümern Bremen und Minden. Der „Hesseweg" dagegen verlief von Süden nach Norden, kreuzte in Nienburg den Volksweg und verband die Bischofsstädte Minden und Verden. Nienburg war somit schon früh für Soldaten, Händler und Reisende ein wichtiger Durchlaufpunkt und Verkehrsknoten. Ein weiterer halbwegs befahrbarer alter Knüppeldamm, der „Lange Damb", verlief von Nienburg aus entlang der heutigen Hannoverschen Straße, quer durch das „Torf Moor" und das „Schessinghäuser Moor" (s. Kartenausschnitt) weiter durch den Grinderwald Richtung Hannover.



Auf Höhe des heutigen Langendamm verlief die Grenze zwischen dem Fürstentum Lüneburg und der Grafschaft Hoya. An diesem Grenzübergang herrschten in der Zeit nach dem Ende des 30jährigen Krieges stets lebhafte Schmuggeleien und Diebereien. Holz war der wichtigste Werkstoff. Es diente neben dem Heizen u.a. zum Bau von Häusern, Brücken und vielfältigen Schutzanlagen. Da das Schlagen von Holz nicht jedermann gestattet war, kam es immer wieder zu gewalttätigen Räubereien und schweren Prügeleien. Der an den „Langen Damm" angrenzende Staatsforst Westerbuch, sowie der daran anschließende Grinderwald boten dem völlig verarmten Volk reichlich Holz. Um hier die ständigen Holzdiebereien zu unterbinden, ließen die damaligen Landesherren 1664 kurzerhand am Grenzübergang einen Schlagbaum errichten, bauten ein Zollhaus und postierten dort als Geldeintreiber den Forstknecht namens Bramann mit seiner fünfköpfigen Familie. Diese Zollstelle wurde Langendamm genannt. Das war gleichsam die Geburtsstunde des Ortes. Da die Zöllner nach ihrer Pensionierung nicht mit Geld, sondern mit zwei Morgen sog. „Rodland" abgefunden wurden, entstanden nach der Urbarmachung des Grundstückes in den folgenden Jahren, und natürlich auch durch Einheirat, um das alleinstehende Zollhaus herum die ersten Hofstellen. So wuchs allmählich ein bescheiden kleiner Ort heran, der sich überwiegend aus Familien von pensionierten Zöllnern und sog. Brinksitzern, also Kleinstbauern mit eigenem Haus, aber mit nur geringem Grundbesitz, zusammensetzte.

Bis in die Dreißigerjahre des vergangenen Jahrhunderts blieb Langendamm ein unbedeutendes, kleines Heidedörfchen. 1765 wohnten 20 Erwachsene und 11 Kinder im Ort. Die erste eigene Schule, oder besser gesagt Klassenzimmer, war ab 1813 für 21 Kinder die Gaststube des verlassenen Dorfkruges. Selbst im Jahr der Machtergreifung Hitlers 1933, zählte der Ort gerade einmal 158 Einwohner. So spielte Langendamm in wirtschaftlicher und in politischer Hinsicht über drei Jahrhunderte hinweg keine nennenswerte Rolle.

Das änderte sich grundlegend mit der Erbauung und dem Betrieb einer Munitionsanstalt in den Jahren 1935-1945 durch die Wehrmacht. Die Einwohnerzahl stieg drastisch an und Langendamm wurde jetzt aus mehrerlei Gründen weit über seine Grenzen hinaus bekannt.

2. Aufrüstung nach Hitlers Machtübernahme

Die von den Siegermächten auferlegten massiven Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrages wurden bereits in der Weimarer Republik umgangen. Aus dem faktisch wehrlosen Reichsheer mit seinen sieben Divisionen und 100.000 Mann, sollte schon unter der Reichsregierung wieder eine kampfstarke Armee aufgebaut werden.

Den Auftrag zur radikal beschleunigten Aufrüstung der Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine erhielt die Wehrmachtsführung dann aber unmittelbar nach Hitlers Machtübernahme 1933. Neben der Wiedereinführung der Wehrpflicht 1935 zählten die verschiedenen Rüstungsprogramme zu den wichtigsten Maßnahmen. So sollte bis Ende 1938 nach dem Heeres-Rüstungsprogramm mit der Aufstellung eines Friedensheeres mit 21 Divisionen begonnen werden und in vier Jahren zu einem Kriegsheer mit 63 Divisionen aufwachsen. Auch die Marine forcierte den U-Boot- und Schiffbau und erhielt Schlachtschiffe, Zerstörer und Flugzeugträger. Ebenso rüstete die Luftwaffe vom Sommer 1932 beginnend auf, mit 21 Fliegerstaffeln, 150 Kampfflugzeugen, davon 78 Aufklärer, 54 Jäger und 18 Bomber. Parallel zu den neu zu beschaffenden schweren Waffen, Kampfpanzern, Luftfahrzeugen und Kriegsschiffen musste ein riesiger Kriegsvorrat an Versorgungsgütern, wie Verpflegung, Betriebsstoffe, Ersatzteile und vor allem Munition bereitgehalten werden. Zur Herstellung und Lagerung waren für die verschiedenen Rüstungsprogramme mehrere Hundert verschiedene Produktionsstätten und Depots erforderlich.

Hitler forderte umgehend eine Verdreifachung der Munitionsproduktion. Deshalb wurden ab 1934 im gesamten Reichsgebiet rund 370 Munitionsanstalten neu errichtet oder ausgebaut. So verfügte allein die Luftwaffe zu Kriegsbeginn über 19 Haupt-Munitionsanstalten, 45 Munitionsanstalten und 61 Munitions-Packgefäß- und Ausgabelager, dazu noch 133 Fliegerhorste und 13 Großtanklager.

Um für die vielen neuen Depotstandorte eine rechtsverbindliche Beschaffung geeigneter Geländeabschnitte zu erwirken, wurde kurzerhand am 29. 5. 1935 das „Gesetz über die Landbeschaffung zum Zwecke der Wehrmacht“ erlassen. Eine eigens dafür eingerichtete Reichsstelle für Landbeschaffung im Reichswehrministerium schloss im Bedarfsfalle mit den privaten Grundeigentümern gegen eine angemessene Entschädigung – im Regelfalle in Form von Landzuweisung – einen Vertrag. Kam eine Vereinbarung nicht zustande, entschied die Reichsstelle, gleichzeitig als Enteignungsbehörde, über die Enteignung und nahm nach Festlegung der benötigten Grundstücke diese sofort in Besitz.

Ebenso eindeutig waren in sogenannten Gestattungsverträgen das Verlegen notwendiger Leitungen und das Betreten betroffener Privatgrundstücke geregelt. Die Entschädigung erfolgte in diesen Fällen durch eine einmalige Entschädigungsgebühr (Beispiel s. Anhang 2)
Auf dieser rechtlich abgesicherten Basis verschaffte sich die nationalsozialistische Regierung geeignetes Gelände und legte so auch einen wichtigen Grundstein für ihre Kriegsvorbereitungen. Man bestimmte je nach Größe und Aufgabenstellung auf diese Weise alle militärischen Objekte.

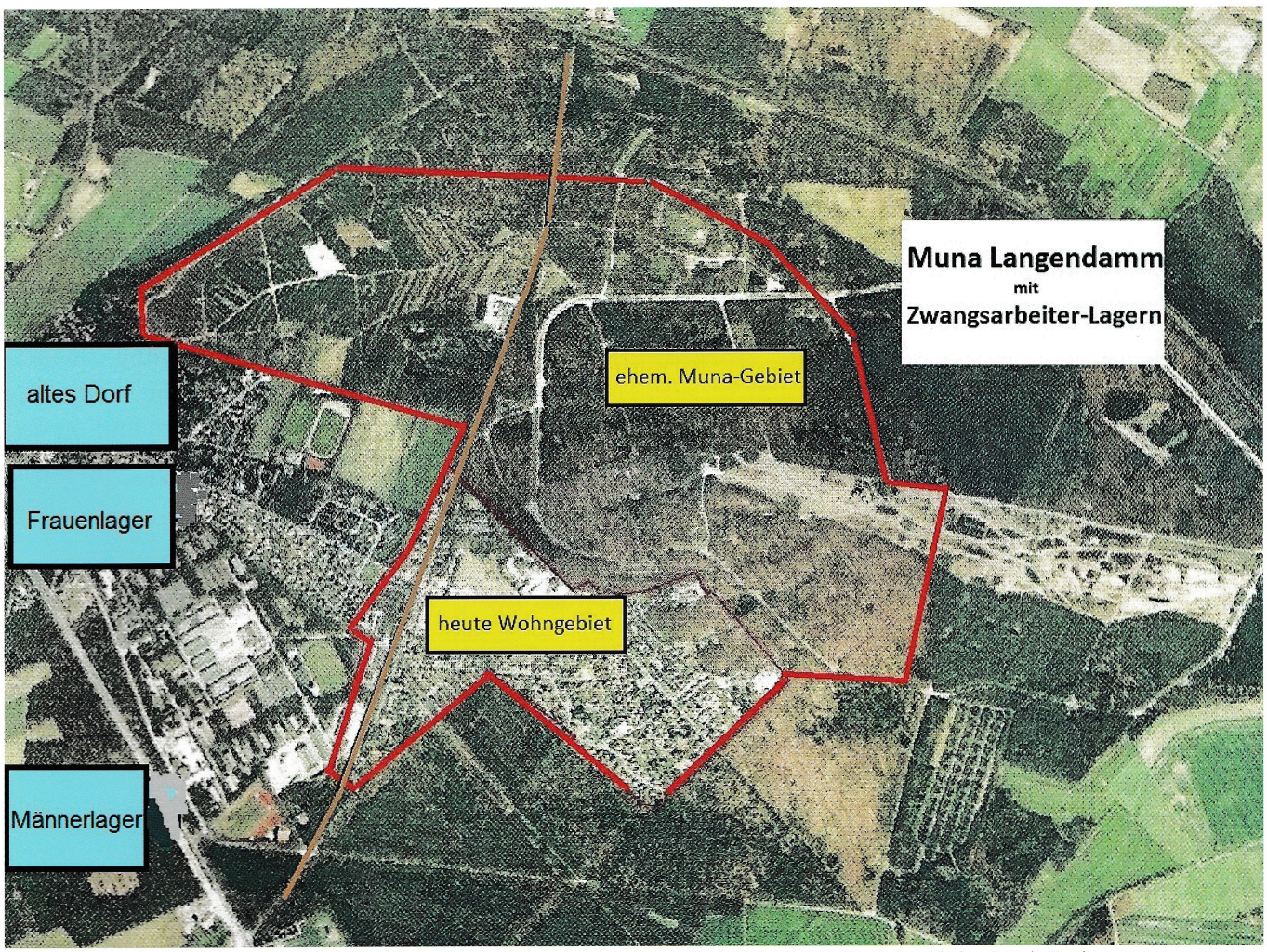
Allgemeine Kriterien für Munitionsanstalten

a) Standortwahl

Die drei Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine verfügten über eigene Munitionsanstalten. Je nach Größe und Herstellung von Munitionssorten unterschied man grundsätzlich noch in Munitionsanstalten und in Hauptmunitionsanstalten. Wesentliche Kriterien für das Festlegen von Munitionsstandorten waren vornehmlich ausgedehnte Waldgebiete mit möglichst dichtem Baumbestand, der guten Sichtschutz gewährte. Aus Sicherheitsgründen und zum Schutz der Bevölkerung vor möglichen feindlichen Luftangriffen wurden überwiegend ländliche Regionen vorgezogen. Weiterhin wurden gute Zugangstrassen und eine nahe Anbindung an Eisenbahnnetze bevorzugt gesucht.

Das seinerzeit an das kleine, alte Dorf Langendamm nach Osten hin großflächig zusammenhängende Waldgebiet Westerbuch bot sich förmlich aus den genannten Gründen als Munitionsstandort an. Dieser Geländeteil war angelehnt an die Bahnlinie, war dazu genügend groß, lag in einer ländlichen Gegend und war als Staatsforst bereits in Staatsbesitz. Zudem wurde er, nachdem Nienburg 1936 wieder Garnisonsstadt wurde, teilweise schon durch das Pionierbataillon 22 der Wehrmacht als Übungsplatz für infanteristische Ausbildung genutzt.

Also legte das Luftwaffenkommando in diesem Geländeabschnitt den künftigen Standort für eine Munitionsfabrik fest. Bester Beleg für die letztlich gute Standortwahl ist die Tatsache, dass das Lager im Krieg weder aufgeklärt noch durch Feindeinwirkung zerstört wurde.



Grenzverlauf der ehemaligen Muna und die Standorte der zwei Lager für Zwangs-/Fremdarbeiter/Innen Kartenausschnitt: Google Earth

b) Auftrag der Munitionsanstalten

Im Gegensatz zu den nur zur Munitionslagerung vorgesehenen Depots hatten alle Munitionsanstalten der Luftwaffe den zusätzlichen Auftrag, Munition nicht nur zu lagern, sondern gebrauchsfähige Abwurf-, Bordwaffen-, Infanterie-, Leucht- und Signalmunition zu produzieren, die speziell bei Luftwaffen-Einheiten zum Einsatz kamen. Darüber hinaus wurden auch die aus dem Kampfgebiet zurückgelieferten gebrauchten scharfen und unscharfen Munitionsteile instandgesetzt und bis zur Wiederverwendung in Bunkern gelagert und bei Bedarf zum Einsatz verladen und versandt. Die insgesamt 19 Lufthauptmunitionsanstalten waren im Gegensatz zu den 45 Munitionsanstalten ausschließlich auf die Fertigstellung von Flakmunition hin ausgerichtet.

3. Anfänge und Bau der Muna Langendamm

Eine dieser Munitionsanlagen wurde hier für die Luftwaffe von Grund auf neu erbaut und als „Luft-Haupt-Munitionsanstalt 3/XI Nienburg/Langendamm“ geführt. Sie zählte zu den acht größten Lufthauptmunitionsanstalten im Reichsgebiet.

Bauzeit



Bauleitung 1936: Chef Bauingenieur Theo Bormann- 3. von links

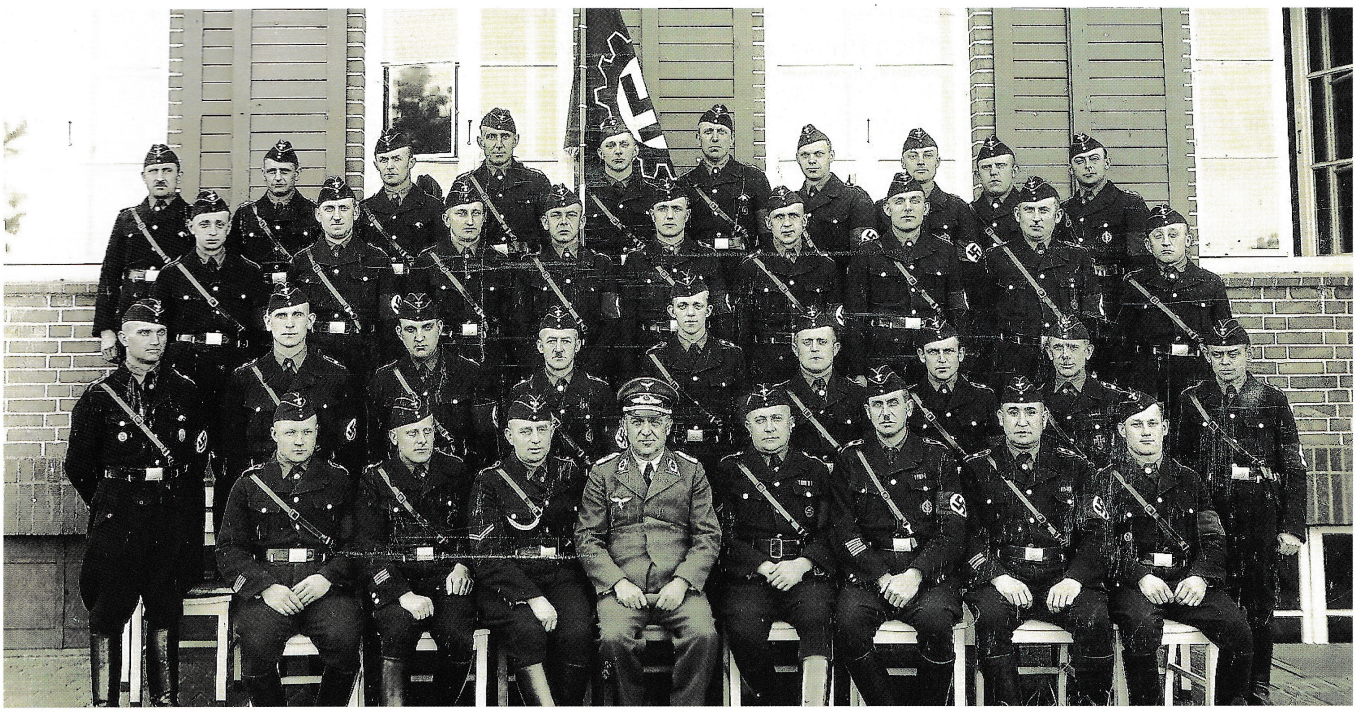
Die Bauzeit der Munitionsanstalt dauerte 4 Jahre von 1935 bis 1938. Das großflächige Waldgebiet Westerbuch wurde so ein riesiges Baugelände. Büro- und Unterkunftsgebäude, Werkstätten, Lagerhallen, Luftschutzbunker, Heizungsgebäude, Küchen- und Kantinengebäude und eine ausreichende Anzahl von Munitionsbunkern mussten gebaut werden. Weit verzweigte Stromnetze mussten verlegt werden.
Die Wasserversorgung wurde durch umfangreiche separate Harzwasserleitungen sichergestellt. Daneben mussten Abwasserkanäle und Sickerschächte und in den Füllstellenbereichen unterirdische Verbindungsgräben ausgehoben werden. Vor allem aber war ein ausgeprägtes Straßen- und Wegenetz erforderlich. Nicht zuletzt galt es, einen mehrere Kilometer langen, mindestens zwei Meter hohen Grenzzaun um das Lager zu bauen. Allem vorweg ging die umfangreiche Rodung des Waldes. An die Bahnstrecke Hannover – Bremen wurde eigens für das Lager ein Gleisanschluss für die Werksbahn geschaffen.
Die Damen und Herren von der Bauleitung, unter Führung des Bauingenieurs Theo Bormann und die über mehrere Hundert Mann starken Arbeiterkolonnen hatten somit gut zu tun.
Die Muna Langendamm bestand letztlich aus über 250 Einzelgebäuden, die sich auf eine Fläche von ca. 4 km² verteilten. Somit zählte sie überhaupt zu den größten



Bauleitung 1940: reduziert-Theo Bormann, vorne Mitte

Wehrmachts- Munitionsproduktionsstätten, die Flakgranaten herstellten.

Die Bauleitung, damals bekannt unter dem Decknamen „Bauleitung Lehmann“, hatte auch nach der baulichen Fertigstellung der Munitionsanstalt einen angemessen starken Planungsstab. Ihre Büroräume befanden sich im Gebäude 4, in der ehemaligen Waldgaststätte Kirch. Das Bild (Seite 10 unten) zeigt die verkleinerte Gruppe der Bauplaner im Jahr 1940 hinter ihrem Bürogebäude.



Major Paul Althöft inmitten einer Gruppe von Männern des Reichsarbeitsdienstes

Für die handwerklichen Bauarbeiten wurden zu Beginn neben mehreren Bau- und Handwerksbetrieben auch weit über 250 junge Männer des Reichsarbeitsdienstes (RAD) herangezogen. Ursprünglich entstand der freiwillige Arbeitsdienst bereits in der Jugendbewegung der Weimarer Republik und wurde dann 1935 als Reichsarbeitsdienst verbindlich: "Alle jungen Deutschen beiderlei Geschlechts sind verpflichtet, ihrem Volke im Reichsarbeitsdienst zu dienen. Er soll die deutsche Jugend im Geiste des Nationalsozialismus zu Volksgemeinschaft und zur wahren Arbeitsauffassung, vor allem zu gebührenden Achtung der Handarbeit erziehen“, sagen die Bestimmungen.
Diese Arbeiter waren während der Bauphase außerhalb des Muna-Geländes in Holzbaracken an der Hannoverschen Chaussee untergebracht. Nach dem Ende der Bauphase und im Verlaufe des Krieges wurden dann immer mehr männliche Fremd- und Zwangsarbeiter zum Arbeitsdienst verpflichtet und in diesen Arbeiterlagern untergebracht.
Räumlich von den Männern getrennt wurde für die Arbeiterinnen 1939 an der Waldstraße – heute Westlandstraße – das sog. „Frauenlager“ gebaut, über das noch berichtet wird.

Funktionsbereiche der Munitionsanstalt

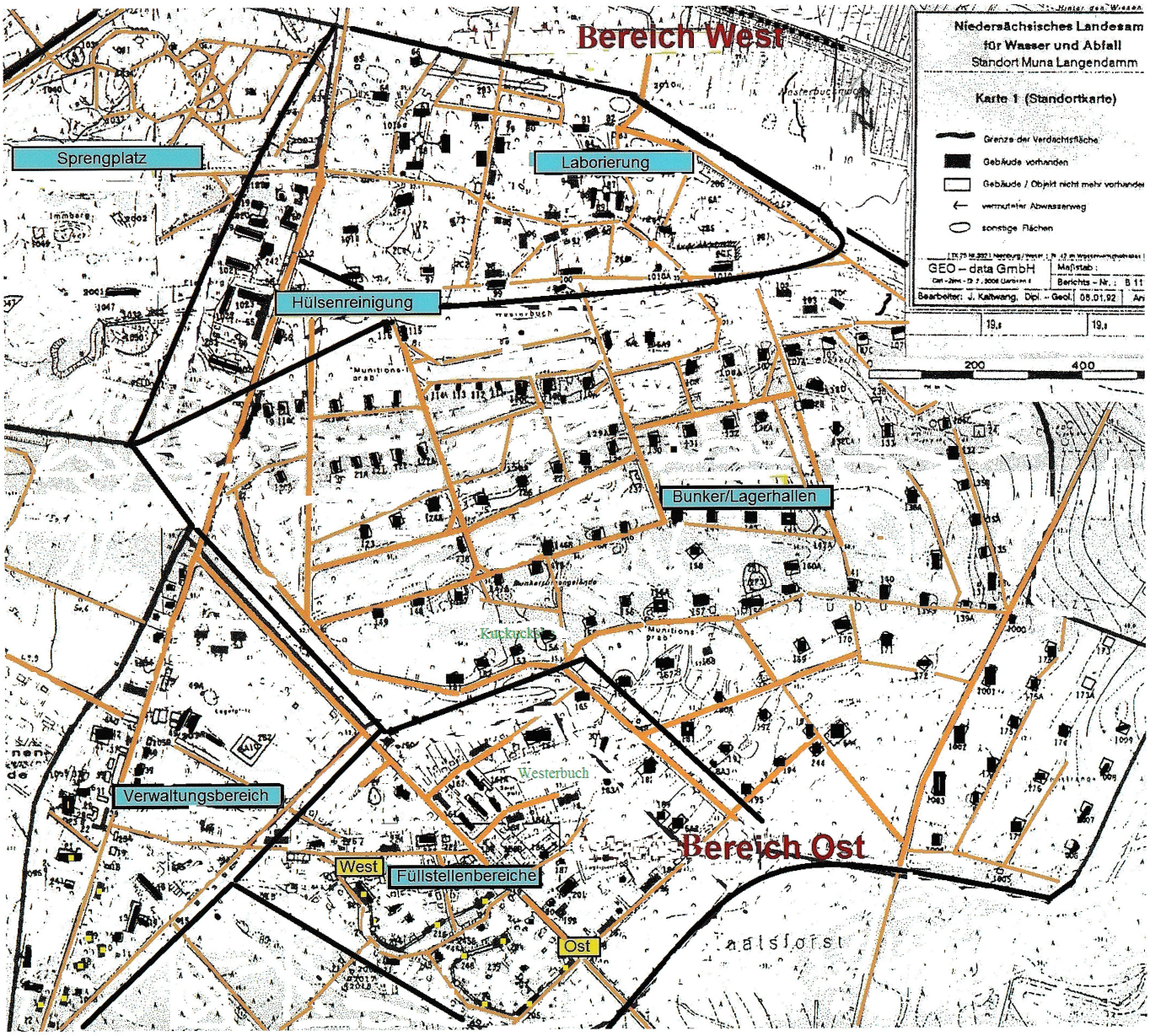
Die Munitionsanstalt selbst war, grob gesehen, aufgeteilt in fünf Funktionsbereiche.
Im Einzelnen waren dies:

a) administrativer Bereich
b) Bunkerbereich
c) Spreng- und Brandplatz
d) Arbeitsbereich „West“ mit Laborierung und Hülsenreinigung
e) Arbeitsbereich „Ost“ mit zwei Füllstellenbereichen

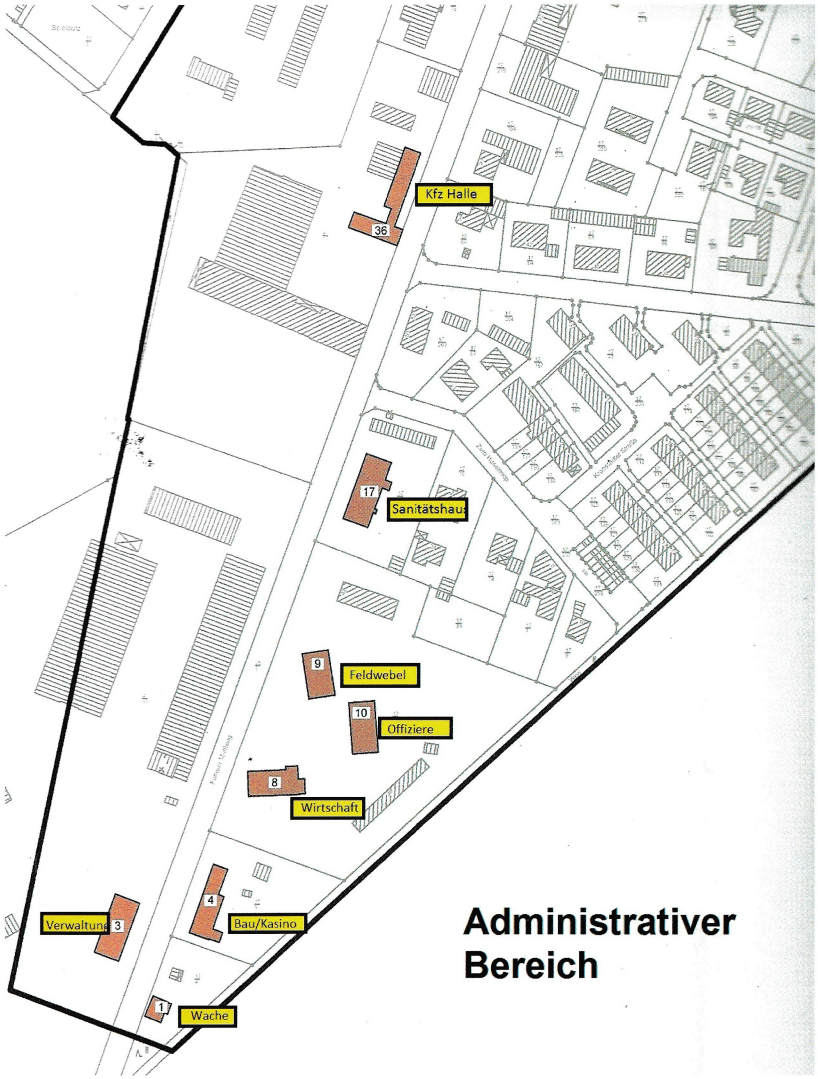
Vorweg sei angemerkt, dass der „Arbeitsbereich Ost“ und der „Arbeitsbereich West“ aus Sicherheitsgründen räumlich weit voneinander getrennt sein mussten.

Als erster Bauabschnitt wurde 1936 der Arbeitsbereich Ost, bestehend aus den beiden Füllstellen Ost und West, fertiggestellt und von der Bauleitung der Verwaltung zur Inbetriebnahme übergeben.
Unmittelbar danach folgte die Errichtung des Arbeitsbereiches im Westteil der Anlage. Dazu gehörten neben den Gebäuden zur Laborierung der Granaten, d.h. zur Vervollständigung der Granate zum gebrauchsfähigen Zustand, auch die Gebäude zur „Hülsenreinigung", der Bindesaal und die Nähstube, sowie verschiedene Werkstattgebäude, Materiallager und Garagen. Detaillierte Angaben hierüber folgen später. Bis zum Kriegsbeginn war die Munitionsfabrik mit Lagerhallen, Munitionshäusern von unterschiedlicher Größe und oberirdischen Bunkern erweitert und vervollständigt.

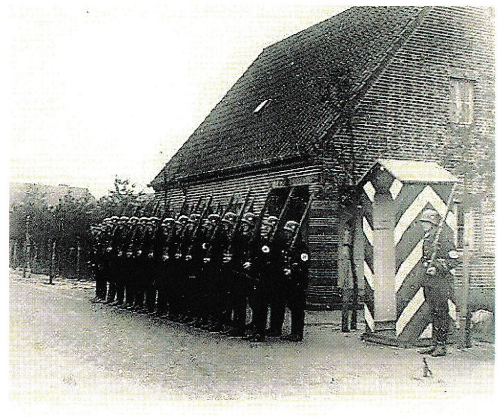
Lageplan der Muna



a) Administrativer Bereich



Der Haupteingang zum Munitionslager befand sich auf Höhe der Wegegabel Führser Mühlweg/ Bromberger Straße, wenige Meter südlich der Waldgaststätte Kirch.
Die Wache wurde gestellt durch SS-Wacheinheiten, die ihren Dienst noch in schwarzer Uniform ausübten. Über die personelle Stärke der Wache gibt es keine Angaben. Bekannt und

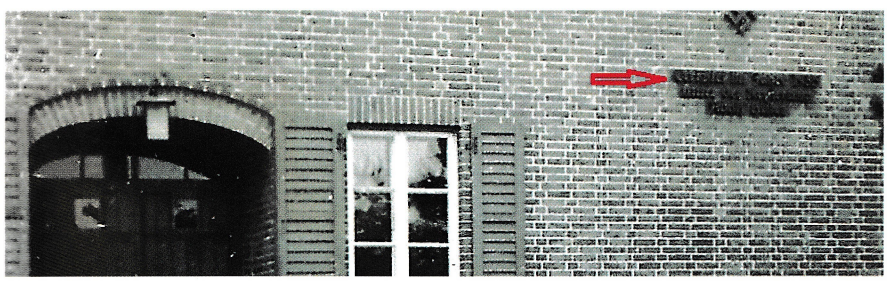


Die Hauptwache, davor ein SS-Wachzug

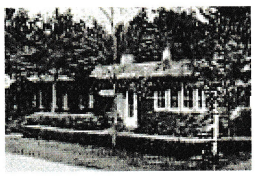
gefürchtet war nur ihre unnachgiebige Härte. Das ehemalige Wachgebäude, **Gebäude Nr. 1** (98 m² Fläche), ist heute Wohnhaus.

Am Lagereingang gegenüber der Hauptwache befindet sich das ehemalige **Verwaltungsgebäude Nr. 3**, welches mit 834 m² Fläche eines der größten Gebäude war. Das folgende Bild zeigt die Frontseite dieses Gebäudes. Das Interessante an der Hausfassade ist der Schriftzug in der rechten oberen Ecke, der einen zweifelsfreien Hinweis gibt auf das Fertigstellungsjahr der Munitionsanstalt, sowie auf den Bauherrn. Dort stand in großen Lettern:

Erbaut im Jahr 1938
Unter der Regierung
Adolf Hitler



Das damals über dem Schriftzug angebrachte Hakenkreuz, sowie ein blauer Luftwaffenadler über dem Hakenkreuz, wurden nach dem Zusammenbruch 1945 entfernt. Die Immobilie, die bis in die 90er Jahre noch einen Tarnanstrich hatte, wird noch heute von der Bundeswehr genutzt. Die Stelle, an der der Schriftzug angebracht war, ist zwar übermalt, aber noch deutlich vom Führser Mühlweg aus zu erkennen.



Die Bauleitung war im **Gebäude Nr. 4**, einer Holzbaracke mit 314 m² Grundfläche, untergebracht. Heute ist dieses Gebäude bekannt als die „Waldgaststätte“ Kirch.

Nach Norden hin schloss sich ein Gebäude-Komplex, bestehend aus den drei Gebäuden 8, 9 und 10, an. Dort befanden sich die Büros und die Aufenthaltsräume der Offiziere und Feldwebel der einzelnen Abteilungen des Führungsstabes, sowie das Kasino. Hier war quasi die Befehlszentrale der Muna.

Wegen der besonderen Bedeutung dieser drei Häuserblocks wurde das Gebäude 8, ehemals genutzt als Kasino und Wirtschaftsgebäude, zum Titelbild dieser Dokumentation ausgewählt.

Besonderheit der Gebäude 8, 9 und 10

Zunächst war seitens der Besatzungsmacht nach Inbesitznahme der Muna daran gedacht, alle Gebäude im Muna-Gelände zu sprengen und somit auch die Häuser 8 bis 10. Alles Brauchbare an Inneneinrichtungen war an und in den Gebäuden bereits rigoros abgebaut bis auf das bloße noch weitgehend intakte Mauerwerk. Hier bot sich die Chance, viele Gebäudefragmente notdürftig und mit wenig Geld zu Wohnräumen umzubauen, die nach dem Kriege doch so dringend benötigt wurden. Schließlich sah man seitens der Besatzungsmacht auf Bitten des Landkreises Nienburg von einem Abbruch der noch halbwegs nutzbaren Blocks ab und überließ dem Landkreis die weitere Nutzung. So blieben diese drei Blocks erhalten und bekamen in der Nachkriegszeit immer wieder ihre besondere Bedeutung.
Zunächst ergab sich für die hiesige Bevölkerung neben der ohnehin drastischen Wohnungsnot ein neues Problem. Durch die schlechten Lebensbedingungen und mangelhafte Ernährung in den Kriegsjahren stieg die Zahl der Tuberkulose-Erkrankungen dramatisch an. Der Landkreis suchte für die Kranken dringend entsprechende Räume. Schließlich wurden diese drei Gebäude ab 1950 – trotz starker Proteste der ortsansässigen Bevölkerung wegen befürchteter Ansteckungsgefahr – unter dem Lungenfacharzt Dr. Werner Münster zu einer geschlossenen Lungenheilstätte umfunktioniert und kurz „TBC- Heim“, später auch „Heilstätte Langendamm “ genannt. Ab 1953 übernahm Dr. Wilhelm Cohrs sen. als leitender Chefarzt das Heim und nutzte das Gebäude 8 als Arztpraxis und bis 1970 gleichzeitig auch als Wohnraum für seine gesamte Familie. Die beiden anderen Gebäude standen für die TBC-Patienten – Frauen und Männer getrennt – zur Verfügung.

Nach Rückgang der TBC- Erkrankungen wurde das Areal durch die Bundesvermögensstelle an die Wehrbereichsverwaltung Hannover verpachtet, die ihrerseits die Räumlichkeiten für wenige Jahre der Bundeswehr als Feldwebel-Unterkünfte überließ. Danach blieben die Gebäude für längere Zeit wieder ungenutzt, bis sie 2008 zum Wohnheim „Neue Burg“ für psychisch kranke Menschen aus- und umgebaut wurden.





Gebäude.8, 9 und 10 sind heute: Wohnheim für psychisch Kranke

Die Sanitätsstation, **Gebäude Nr. 17**, ebenfalls eine Holzbaracke, bot den zahlreichen Muna-Beschäftigten mit einer Grundfläche von 405 m² nicht gerade reichlich viel Platz, was vermuten lässt, dass die Bettenstation wohl hauptsächlich für das Kaderpersonal gedacht war. Für die Arbeiterinnen und Arbeiter waren vermutlich länger dauernde stationäre Krankenbehandlungen nicht vorgesehen.

Dieses Gebäude war ebenso wie die Gebäude 3 (Verwaltung) und 8, 9 und 10 (Führungszentrale) zum Schutz vor feindlichen Luftangriffen weitgehend gesichert. Sie waren alle unterkellert und verfügten mit ca. 30 cm dicken Betondecken und Wänden ausreichend Schutz. Im Plan (s. Bild S. 13) sind diese Gebäude, ebenso wie der Fuhrpark, **Gebäude Nr. 36**, rot unterlegt. Sie werden alle heute noch genutzt.

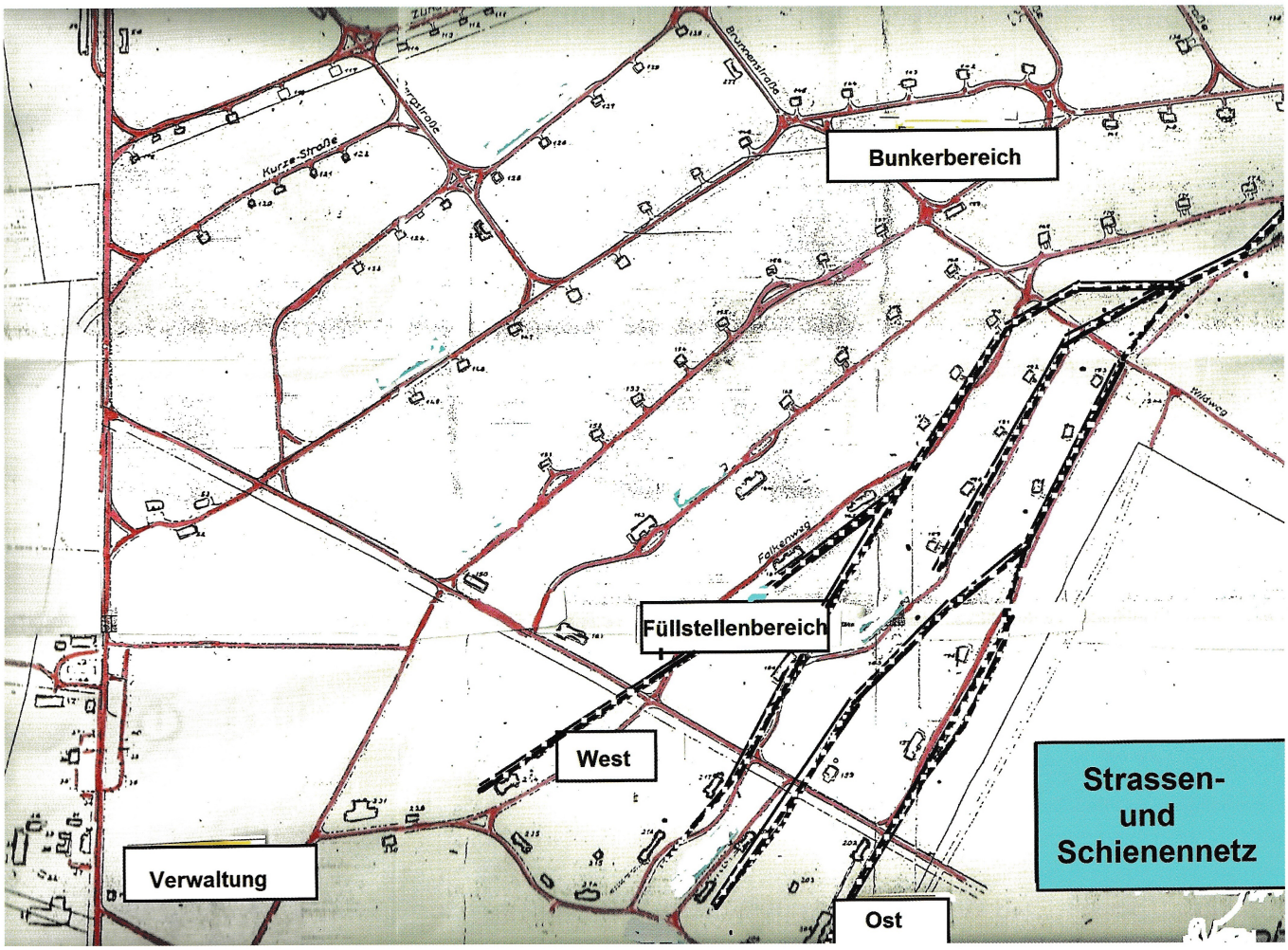
b) Bunkerbereiche

Dieser Geländeabschnitt umfasste Lagerhallen und Munitionshäuser von unterschiedlicher Größe, teils mit 312 m², teils mit 499 m² Fläche. Sie bestanden aus einer Eisen-Beton-Konstruktion, hatten Wände aus Mauerwerk und Betonfußböden. Es gab einige wenige oberirdische Bunker, mit bis zu 60 cm dicken Stahlbetonmauern, die mit einer dicken Erdschicht bedeckt und gegen Fliegersicht zusätzlich mit Bäumen und Sträuchern getarnt waren. Munitionskisten und Packmittel jeglicher Art lagerten ebenfalls in Hallen.



Zugang zu einem getarnten Erdbunker
Foto: munitionsbunker wehrmacht-Bilder

Ausgeprägtes Straßennetz hier: ein Auszug aus einem Lageplan der GEO-Data GmbH



Typisch für den Bunkerbereich war das ausgeprägte, in der Summe weit mehr als 30 km lange Wege- und Schienennetz der Werksbahn, was der Kartenausschnitt verdeutlicht. Zudem trugen zum schnelleren Auffinden die einzelnen Munitionshäuser eine Nummer und alle Straßen einen Namen. Auf dem Gebiet

des ehemaligen Bunkerbereiches, der heute als Standortübungsplatz genutzt wird, sind die Wegebezeichnungen Nordring, Zünderstraße, Kurze Straße, Bergstraße, Moorstraße, Mittestraße, Brunnenstraße, Bogenstraße, Zwergstraße, Turmstraße, Südring, Wildweg, Ostring, Falkenstraße, Dohlenweg und Schlangenweg mit Ausnahme des Dachsweges und des Fuchsweges nicht mehr gebräuchlich. Im Zuge der Bebauung des Wohngebietes Westerbuch haben heute nahezu alle Straßen zur Erinnerung an die Vertreibung aus der Heimat die Namen ostdeutscher Gebiete, Flüsse oder Städte erhalten.

c) Spreng- und Brandplatz

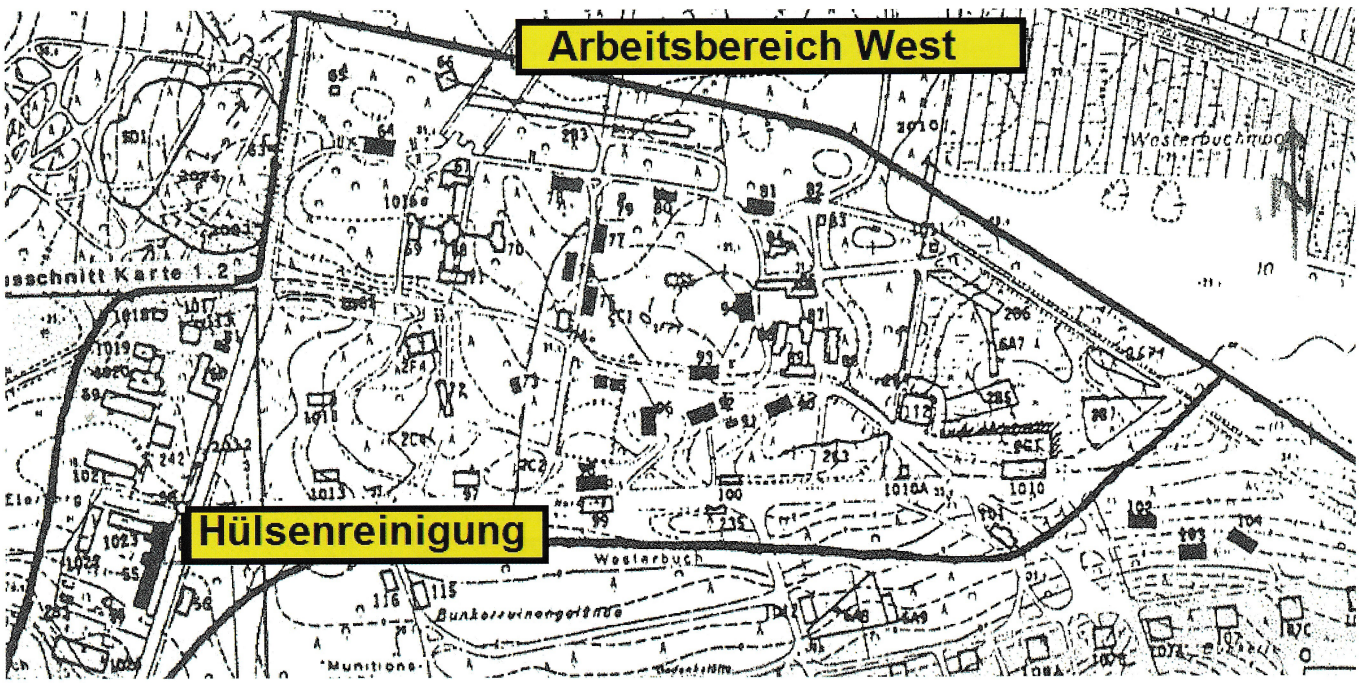
Auf dem Brand- und Sprengplatz wurde während der Produktionszeit der Muna hauptsächlich Munition getestet. Gleichzeitig diente dieser Bereich dazu, deformierte, nicht wieder verwendbare, aber noch scharfe Munitionsteile zu vernichten. Nach dem Krieg haben die Engländer diesen Platz massenhaft zur Munitionssprengung und zum Verbrennen von riesigen Mengen von Pulverresten benutzt.

d) Arbeitsbereich West:

Bereich zur Laborierung und Hülsenreinigung der Granaten

In diesem Geländeteil im Norden erfolgte, räumlich weit getrennt vom Füllbereich, in Munitionsarbeitshäusern, das Zusammensetzen der mit Sprengstoff gefüllten Granaten mit der Treibladung und dem Zünder. Erst dann war das Geschoss fertig zum Verschuss.

Während des Krieges wurden immer wieder Blindgänger oder sonstige noch verwertbare Munition zurückgeliefert. Diese fehlerhafte Munition wurde in der sog. Hülsenreinigung zur Wiederverwendung in sehr arbeitsaufwändigen und gefährlichen Arbeitsgängen aufgearbeitet.

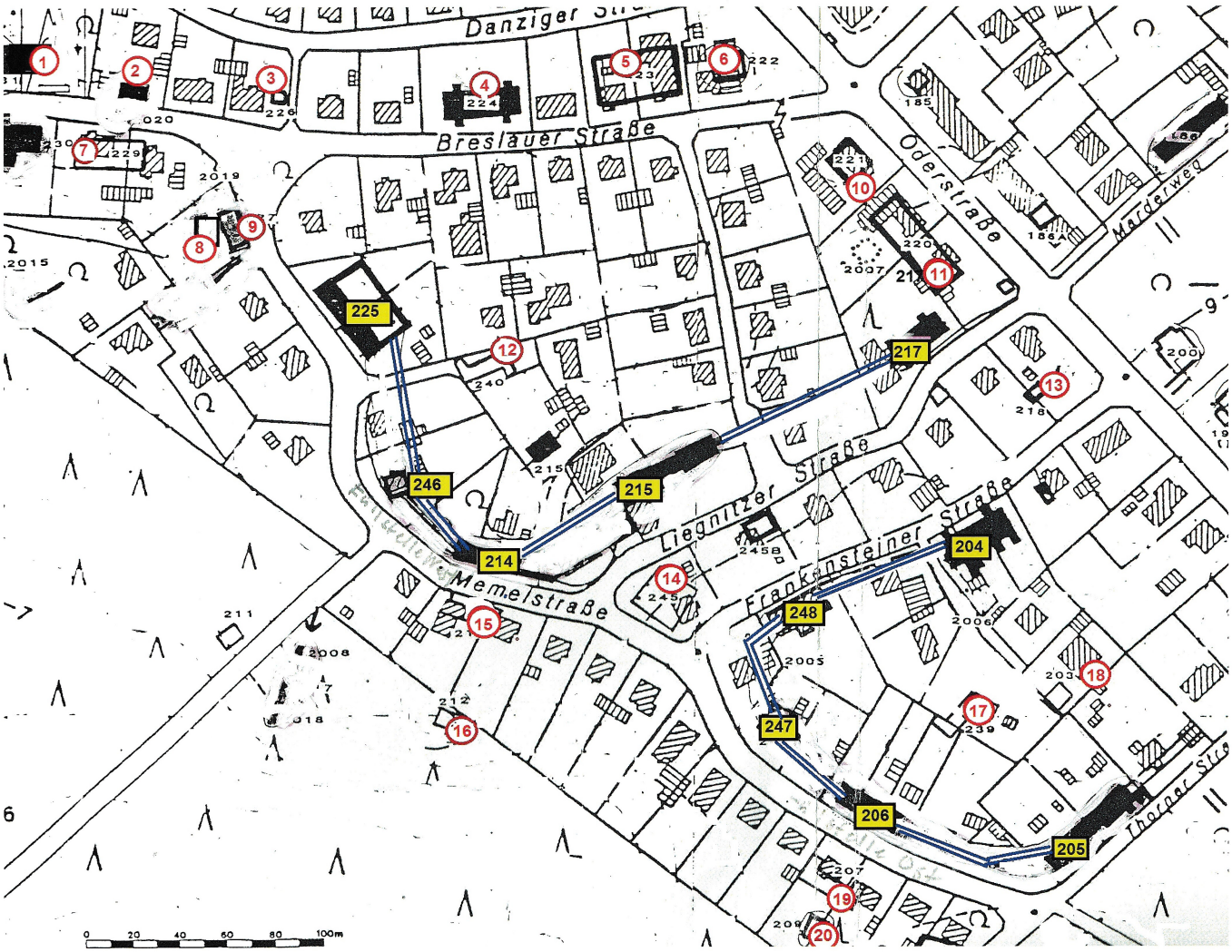


Planausschnitt: GEO-Data GmbH

e) Arbeitsbereich Ost:
Füllstellenbereiche

Die Herzstücke der Munitionsanstalt waren die beiden Füllstellenbereiche West und Ost, das spätere hart erkämpfte Baugebiet „Westerbuch“. Hier wurden die leeren Granathülsen, überwiegend vom Kaliber 8.8 cm, 10,5 cm und 12,8 cm mit Sprengstoff gefüllt. Die Einarbeitung der Zünder und Treibladungen wurde, wie bereits erwähnt, als letzter und sehr gefährlicher Arbeitsgang erst im sog. „Arbeitsbereich West“ vorgenommen.

Als erster Bauabschnitt wurde 1936 die „Füllstelle Ost“, dann die „Füllstelle West“ und zeitgleich nach und nach die Bunker und Lagerhallen fertiggestellt und von der Bauleitung der Verwaltung zum Betrieb übergeben.



Der Kartenausschnitt zeigt das heutige Wohngebiet Westerbuch Süd und die zu Muna-Zeiten verschiedenen Gebäude der beiden Füllstellenbereiche

1) gelb nummeriert ist die Produktionsstraße, zu der jeweils fünf Gebäude gehörten:
das Vorbereitungshaus (225), das Schmelzhaus (246), das Heizgitterhaus (214), die Fertigstellung 1 und 2 (215) und das Versandhaus (217). Analog ist die zweite Produktionsstraße mit gelben Nummern gekennzeichnet. Welche Tätigkeiten in diesen einzelnen Häusern zu verrichten waren, wird später am Beispiel eines Produktionsablaufes erklärt.

2) rot nummeriert sind alle nötigen Nebengebäude und Einrichtungen:

1= Kantine-Frauen	2= Labor	3= Feuerwehr	4=Mun-Lagerhaus
5= Kohlenbunker	6= Kesselhaus	7= Büro	8= Kläranlage
9= Delaborierung	10= Trafohaus	11= Unterkunft	12=Luftschutzbunker
13= Büro	14=Notwassertank	15= Luftschutzbunker	16=Pulverstation
17= Luftschutzbunker	18= Waschhaus	19=Luftschutzbunker	20= Pulverstation

3) Die blau eingezeichneten Linien stellen die unter der Erde verlaufenden Verbindungsgänge dar.

4. Betriebspersonal

Grundsätzlich bestand das im Lager tätige Personal aus dem Stammpersonal, dem militärischen Personal, dem Reichsarbeitsdienst (RAD) und den Zivil- bzw. Fremd- oder Zwangsarbeitern

Organisationsstruktur des Stammpersonals der Luftmunitionsanstalt

Abteilung I, Führungsabteilung
- (Ia) Führung und Organisation der Luftmunitionsanstalt, ihre Sicherung und die Organisation der Bauangelegenheiten
- (Ib) Registratur,
- (Ic) Personalstelle
- (Id) Arbeiterangelegenheiten, Unfälle und UK-Stellungen

Abteilung II. Verwaltung der Geräte und Werkstätten, die für die Munitionsfertigung benötigt wurden

Abteilung III Munitionsverwaltung und –fertigung
- (IIIa) Lagerung und Verwaltung
- (IIIb) Fertigung der Munitionen.
  Sie bildete das Kernstück der Luftmunitionsanstalt, da in ihr nach Anordnung der Abteilungen Ia und Ib die einzelnen Fertigungsabläufe koordiniert und gesteuert wurden.

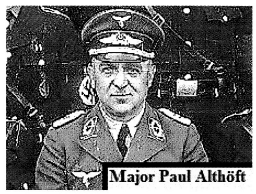
Abteilung IV. Allgemeine Verwaltung
- (IVa) die allgemeine Verwaltung, d.h. Schreibkräfte, Kasse, Lohnstelle, Verpflegung und Küche, Betriebsobmann
- (IVb) der Truppenarzt mit Sanitäts-Unteroffizieren

Abteilung V. Kraftfahrzeug-Geräteverwaltung, Wartung der Transformatorenhäuser und der eigenen Tankstelle

Weitere Bereiche, hier ohne besondere Abteilung, waren:
- Sprengkommandos mit entsprechender Anzahl von Feuerwerkern
- Standortgeschäftszimmer, zuständig für Beurlaubung von Wehrmachtsangehörigen
- Wachmannschaften

Jede Abteilung wurde von einem Wehrmachtsoffizier geleitet. Standortältester war ein Major, sein Vertreter ein Hauptmann.

Der militärische Kader der Lufthauptmunitionsanstalt 3/XI war dem Kommando der Luftzeuggruppe 11 in Hambühren unterstellt. Diese wiederum gehörte zum Luftgaukommando XI Hannover/Hamburg.
Der erste Kommandeur der Muna vom Beginn der Bauphase bis 1939 war Major Paul Althöft, der bis Kriegsende den Dienstgrad Oberst erreichte.


Major Paul Althöft

Ab 1939 war die Muna betriebsbereit und begann mit der Munitionsproduktion. Gleichzeitig erfolgte ein Führungswechsel. Das Kommando übernahm nun Oberstleutnant Ehemann, der somit der erste und auch einzige Kommandant der betriebsbereiten Muna war. Auch er wurde während des Krieges zum Oberst befördert. Über die Anzahl der im Lager tätigen sonstigen Wehrmachtsangehörigen gibt es leider keine exakten Angaben. Sicher ist allerdings die Aussage, dass die ehemaligen Angehörigen des Kaderpersonals der Muna mehrheitlich aus der heimischen Umgebung stammten. In einem Harke-Artikel aus dem Jahr 1958 wird nämlich von einem „Ehemaligen-Treffen" berichtet, an dem zahlreiche ehemalige Dienstgrade aus den Landkreisen Nienburg, Neustadt, Sulingen, Schaumburg sowie aus Rinteln und Umgebung teilnahmen. Bei diesem Treffen war namentlich auch Oberst a.D. Paul Althöft anwesend.


Oberst Ehemann . . .

Das Offizierskorps

Zum Führungspersonal zählten neben den Herren im Offiziersrang auch die Leiter der einzelnen Abteilungen, wie dieses folgende Bild erkennen lässt. Sie unterscheiden sich äußerlich deutlich durch eine andere Uniform. Der Herr rechts im Bild ist der Regierungsoberinspektor Friedrich Strohmeyer, Leiter der Verwaltung. Neben ihm steht ein weiterer namentlich nicht bekannter Regierungsbeamter.


. . . und sein Offizierskorps

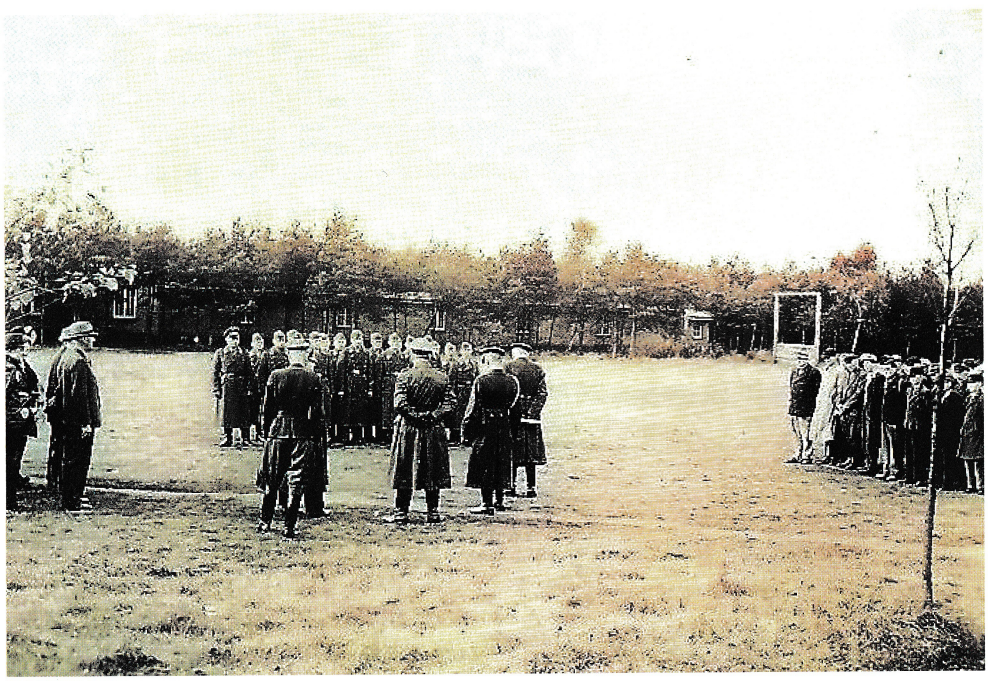


Oberst Ehemann (2. von rechts) beim Inspektionsrundgang durch die Anlage

Das Bild verdeutlicht besondere militärische Gepflogenheiten. So wird z.B. beim Rundgang durch die Anlage der Kommandant (2. von rechts) im Regelfalle begleitet vom Ordonnanzoffizier und von eigens befohlenen Offizieren oder Abteilungsleitern. Hier im Bild ist Bauingenieur Theo Bormann (Bildmitte) sein Begleiter. Weiterhin haben alle Untergebenen, wie auf dem Bild zu erkennen ist, dem Kommandanten bei Begegnung unaufgefordert Meldung zu machen über momentanen Auftrag sowie über wichtige Vorkommnisse.

Der Führungsstab und die einzelnen Stabsabteilungen waren in den Gebäuden 8 bis 10 untergebracht. Über die besondere Bedeutung dieser Gebäude als Befehlszentrale des Lagerkommandanten wurden bereits Aussagen getroffen.

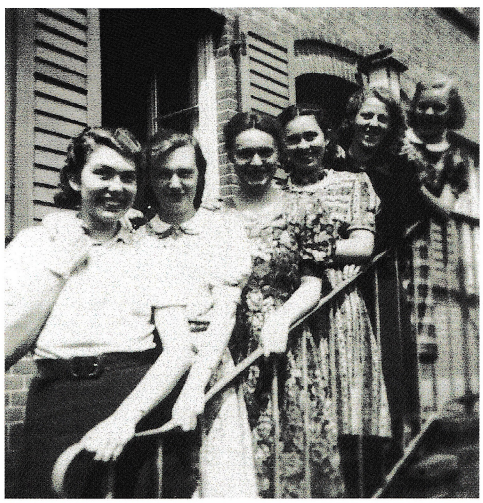
Ein weiteres feststehendes Ritual für die Belegschaft war die tägliche Befehlsausgabe. Die Aufstellung der einzelnen Abteilungen war hierzu festgelegt:
Links traten die Angehörigen der Bauleitung an, rechts die Vorarbeiter der einzelnen Arbeitsgebiete, in der Mitte die Offiziere.
Die im Hintergrund an den Appellplatz angrenzende Baracke wurde nach dem Krieg für längere Zeit vom Kaufmann Hans Krüger als Kolonialwarengeschäft mit Poststelle genutzt.





Verwaltung

Der Leiter der Muna-Verwaltung war Regierungsoberinspektor Friedrich Strohmeyer (s. Bildmitte). Zur starken Truppe der Verwaltung zählten zum einen die Stabsdienstsoldaten und natürlich alle weiblichen Reichsangestellten, die sich seit Einführung des Wehrpflichtgesetzes 1935 freiwillig zum Dienst bei der Wehrmacht, vornehmlich im Stab- und Nachrichtenvermittlungsdienst, melden konnten. Als Beispiel dient der Dienstausweis der Zeitzeugin Käthe Hellmann (s. Anlage 3), die noch ausführlich aus ihren Tagebucheintragungen über die Zustände zum Ende des Krieges zu Wort kommen wird. Mit Beginn und im Laufe des Krieges wurden Frauen auch zwangsweise zum Dienst verpflichtet, um die Männer zu entlasten und für den Fronteinsatz frei zu machen.



Freundliche Angestellte der Verwaltung
auf der Eingangstreppe zum Verwaltungsgebäude



Die Soldaten und Reichsangestellten
der Verwaltung

Zum Lagerpersonal gehörten 40 weibliche und 20 männliche Angestellte sowie eine unbekannte Anzahl von Wehrmachtsangehörigen im Offiziers-, Unteroffiziers- und Mannschaftsdienstgrad als Wachpersonal, Fahrdienstgruppe, Instandsetzungstrupps, Küchenpersonal und sonstige Versorgungsdienste.

Arbeiter und anderes Personal

Die **Arbeiterschaft** bestand während der Bauzeit aus einer großen Anzahl von Arbeiterkolonnen und aus 18 bis 25jährigen jungen Männern des Reichsarbeitsdienstes. Nach Fertigstellung der betriebsbereiten Gebäude gegen Ende 1938 und mit Beginn der Munitionsherstellung, speziell aber mit Kriegsbeginn wurde immer mehr Personal benötigt. Nun wurden auch junge Frauen und Mädchen dienstverpflichtet, die sowohl aus der näheren Umgebung, aber auch in großer Zahl aus Süddeutschland und aus Oberschlesien stammten.
Eine Gruppe von rund 30 solcher dienstverpflichteter „Muna-Mädel“ hielten noch Jahre nach Kriegsende enge Verbindung untereinander. Die „Halbsäckel“ aus Pforzheim, die „Lärgen“ aus Breslau und die “Pieronnes“ aus Oberschlesien, wie sie sich untereinander nannten, trafen sich 1983 nach fast 40 Jahren an ihrer alten Wirkungsstätte zu einer Wiedersehensfeier hier in Langendamm, so schreibt die Harke in einem ihrer Artikel. Der damalige Ortsbürgermeister von Langendamm Wilhelm Schulze begrüßte die Damen und führte sie durch das bekannte Muna-Gelände. Etwas wehmütig nahm man allerdings zur Kenntnis, dass die ehemaligen Wohnbaracken und das Kantinengebäude im Frauenlager nicht mehr existierten. In einer gemütlichen Abendrunde, zu der sich auch ehemalige einheimische Muna-

Bedienstete gesellten, wie z.B. der den Damen bekannte frühere Muna-Betriebsingenieur Karl Diekmann, wurde so manche Erinnerung ausgetauscht.

Sonderbehandlung der sowjetischen und polnischen Zwangsarbeiterinnen





Im Laufe und besonders gegen Ende des Krieges stieg der Munitionsbedarf gewaltig an, was zur Folge hatte, dass auch der Bedarf an Arbeitskräften größer wurde. Mit den Kriegsgefangenen und Freiwilligen allein konnte der Mangel an Arbeitskräften nicht aufgefangen werden. Zur Bedarfsdeckung wandte sich die Muna-Verwaltung an das Nienburger Arbeitsamt, das über eine Zuteilung zu entscheiden hatte. So wurden immer mehr sowjetische Zwangsarbeiterinnen, zuweilen auch aus anderen Nienburger Lagern nach Langendamm beordert, so dass letztendlich eine beachtliche Anzahl der Zwangsarbeitskräfte aus „Ostarbeiterinnen“ bestand, deren Behandlung durch den sog. Ostarbeitererlass aus dem Jahr 1942 detailliert vorgeschrieben war. Danach waren die sowjetischen Arbeitskräfte streng von der deutschen Bevölkerung, ausländischen Zivilarbeiterinnen und -arbeitern und von allen Kriegsgefangenen abzusondern und in geschlossenen Baracken unterzubringen. Sie hatten während ihres Aufenthalts im Reich auf der rechten Brustseite eines jeden Kleidungsstückes ein Abzeichen auf blauen Grund mit weißer Aufschrift „Ost“ zu tragen. Fälle unerlaubten Geschlechtsverkehrs waren durch staatspolizeiliche Maßnahmen zu ahnden und schwangere weibliche Arbeitskräfte waren möglichst nach dem Osten abzuschieben. Auch für Menschen aus Polen galten Sonderregeln. Sie hingegen wies ein blaues „P“ auf gelbem Grund aus. Zur "Bekämpfung der Disziplinwidrigkeit, reichsfeindlichen Bestrebungen, kriminellen Verfehlungen und Geschlechtsverkehr mit Deutschen sei mit harten Maßnahmen, d.h. mit Sonderbehandlung vorzugehen“, wobei anzumerken ist, dass eine "Sonderbehandlung" nicht selten auch durch den Strang erfolgte. Leichte Fälle konnten ausnahmsweise vom Bewachungspersonal erledigt werden, das dafür ein eigenes Lagerstrafsystem hatte: "Zur Brechung akuten Widerstandes war den Wachmännern auch eine körperliche Einwirkung auf die Arbeitskräfte erlaubt. Bei Arbeitsflucht drohte Einweisung in ein Konzentrationslager oder in ein Arbeitserziehungslager, bei einem Fluchtversuch war der Gebrauch von Waffen erlaubt“. Soweit die im Erlass vorgesehenen Verhaltensregeln. Es ist davon auszugehen, dass auch in der Muna Langendamm diese Bestimmungen strikt angewandt wurden. Jedenfalls bemerkt der Zeitzeuge Alfred Dreppenstedt in einem seiner Manuskripte, dass schon der geringste Anlass eine Abschiebung ins berüchtigte Arbeitserziehungslager (AEL) Liebenau nach sich zog, wo als Strafe eine menschenunwürdige Züchtigung erfolgte. „Arbeitserziehungslager waren eine Art "Kurzzeit-KZ" zur Disziplinierung sogenannter "Arbeitsscheuer", vor allem von ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Die nicht von der SS, sondern von regionalen Gestapostellen eingerichteten Straflager vermieteten ihre meist nur für einige Wochen inhaftierten Häftlinge an private Firmen zur Zwangsarbeit. Insgesamt gab es im Reich rund 200 Arbeitserziehungslager.“ Soweit eine Beschreibung der AEL im Zwangsarbeiter- Archiv.

Die hygienischen Verhältnisse im Langendammer Frauenlager waren mangelhaft, die Verpflegung unzureichend. Drei Kinder von Zwangsarbeiterinnen lebten zusammen mit ihren Müttern im Lager. Alle drei Kinder sind offiziell an „allgemeiner Körperschwäche“ verstorben. Der reguläre Arbeitslohn für die Arbeiter betrug 0,70 RM pro Tag. Auch hier wurden bei den Ostarbeitern Abstriche vorgenommen. An die Polen wurden 0,50 RM und an die Russen sogar nur 0,20 RM ausgezahlt und selbst davon wurden bei den Frauen noch einmal 10% abgezogen. Der so einbehaltene Rest ging an die Lagerleitung.

Neben den weiblichen Zwangsarbeiterinnen gab es auch männliche Zwangsarbeiter. Sie alle waren polizeilich registriert. Neuzugänge und Abgänge wurden durch den Landkreis mittels Meldekarten (s. Anl. 4) überwacht.

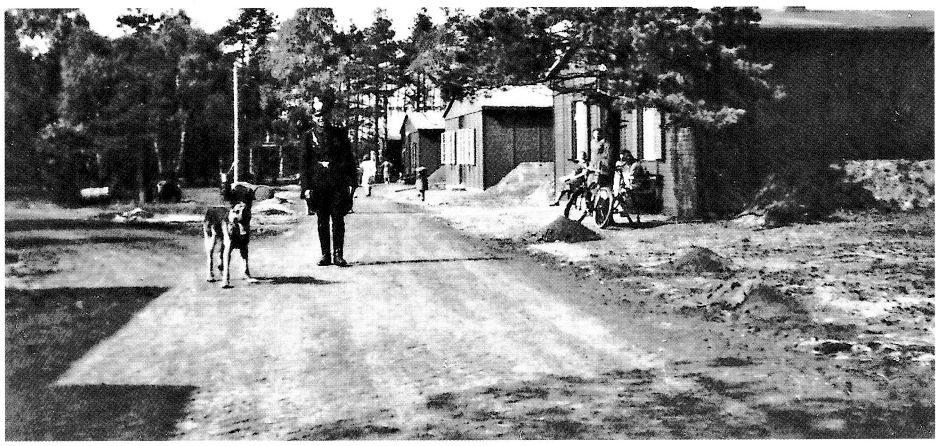
Ab Sommer 1944 zählte laut Studie von Ingrid Sprock, im Lager allein die Arbeiterbelegschaft fast 1300 Männer und Frauen, darunter 540 dienstverpflichtete Frauen, 187 sowjetische Zwangsarbeiterinnen, 290 Frauen aus Polen, Lettland, Ukraine, Tschechei, Frankreich, Holland und Galizien, weiterhin 161 Kriegsgefangene, überwiegend Franzosen, ferner 100 Italiener und Holländer.
Unter diesen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und Dienstverpflichteten waren ca. 100 grundsätzlich nur männliche und möglichst linientreue Vorarbeiter registriert.

5. Unterbringung

Lagerpersonal

Offiziere, das Stammpersonal und Angestellte der Muna waren außerhalb der Munitionsanlage und im Gegensatz zu den Zwangsarbeitern in festen Unterkünften untergebracht. Ihre Wohnsiedlung nannte sich „Wohngebiet Langendamm". Bereits 1935 wurde für diesen Personenkreis mit dem Bau der Häuser 36 bis 38A an der jetzigen „Bergstraße" und 40 und 41 im „Heckengang" begonnen. 1939 wurde dieses gesonderte Wohngebiet um die Häuser 44 bis 48 „Im Grunde" erweitert, insgesamt zählten 12 Wohnhäuser, davon 8 Doppelhäuser zu dieser Siedlung.

Das Frauenlager



Die Unterbringung der weit über 1000 Frauen erfolgte in einem riesigen Frauenlager, welches mit Beginn des Krieges 1939 wegen zunehmender Anzahl der Insassen nach und nach um mehrere Baracken erweitert werden musste. Der Standort des Lagers war etwa der Bereich zwischen der Straße „Im Grunde", der „Westlandstraße", der „ B 6" und dem Friedhof, grob gesagt, das Gelände um den heutigen NP-Markt. Das Lager verfügte über ein Wirtschaftsgebäude, eine Kantine, einen Küchentrakt, einen Speisesaal und natürlich über mehrere Unterkunftsbaracken. Es war fest mit Stacheldraht umzäunt. Bewacht wurde es von relativ betagten, meist kriegsuntauglichen Wachmännern mit Schäferhunden (s. Bild).



Freizeit gab es nur begrenzt für die Lagerbewohner. Trotzdem wurde jede Gelegenheit zur Entspannung und Erholung genutzt. Im Bild betreiben zwei dienstverpflichtete Frauen Ausgleichssport. Im Hintergrund drei von insgesamt fünf Häusern des „Wohngebietes Langendamm" an der heutigen Straße „Im Grunde".



Der Eingang zum Frauenlager

Nach dem Krieg wurde dieses Barackenlager von Angehörigen der 445 GCLO (German Civil Labor Organisation) genutzt, also einer deutschen Dienstgruppe, die sich aus ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen zusammensetzte.



Das Kantinengebäude

Diese Gruppe unterstand dem Royal Pioneer Corps und war vornehmlich im Straßenbau eingesetzt, aber auch zur Wiederherstellung von Telefonleitungen und im Transport- und Instandsetzungswesen. Nach Umbenennung dieser Dienstgruppe in 445 GSO (German Service Organization), wurde dieses Barackenlager schließlich „GSO-Lager" genannt. Die hier mit ihren Familien in drei Baracken untergebrachten Männer suchten Arbeit und verdienten sich ihren kargen Lebensunterhalt überwiegend im Petrol Depot Schäferhof als Tankwarte. Einige deutsche, aber auch kommunistische Jugoslawen, die nicht nach Jugoslawien zurückkehren wollten, fanden eine lukrative, begehrte Verwendung als Fahrer oder Facharbeiter bei den Engländern. Dieser freiwillige Dienst bei den Siegermächten erzeugte bei so manchem Deutschen anfangs noch viel Argwohn und Ablehnung, was sich im Laufe der Zeit änderte und dann allerdings positiv bewertet wurde.

1974 musste das GSO-Lager dem Bau der Umgehungsstraße weichen. Für die deutschen Arbeiter wurde im Gegenzug auf dem Gelände der ehemaligen Schießanlage des Pionierbataillons 22 der Deutschen Wehrmacht in den Köhlerbergen eine feste Unterkunft gebaut.

Das Männerlager

Getrennt vom Frauenlager wurde 1939 jenseits der Bundesstraße, etwa auf Höhe der jetzigen Standortschießanlage auch für Männer ein Lager errichtet. In diesem Barackenlager waren zunächst deutsche Arbeitskräfte und ab 1941 alle kriegsgefangenen Russen und Polen untergebracht. Während des Krieges und bis in die letzten Kriegstage benötigte man immer mehr Arbeitskräfte und entsprechende Unterkünfte. So wurden neben den Kriegsgefangenen auch Wehrmachtsangehörige als Munitionsarbeiter herangezogen, ebenso wie ausländische Arbeiter, die als „Fremdarbeiter" galten. Doch auch auf freiwilliger Basis meldeten sich vornehmlich Italiener zum Arbeitsdienst in der Muna. Untergebracht waren sie alle im Männerlager. Diese zwangsweise Zusammensetzung von Männern unterschiedlicher Herkunft und ihre primitive Unterbringung im „Männerlager" bot natürlich genügend Konfliktpotential untereinander, das immer für Spannung sorgte und sich zum Kriegsende gewaltsam entlud.

Unmittelbar nach Kriegsende haben nach ihrer Befreiung die dort einquartierten kriegsgefangenen Russen und Polen ihre Wut und ihre Rache an der deutschen Bevölkerung ausgelassen. Das Männerlager war weit über die Kreisgrenzen hinaus als eine berüchtigte Verbrecherstätte verrufen, von der unzählige Untaten ausgingen, wovon noch berichtet wird.

Erst im August 1945 wurde es nach dem Abtransport der letzten Ausländer in ihre Heimatländer durch das Eingreifen der englischen Besatzungsmacht wieder ruhig im Ort. Die verkommenen Baracken wurden von da an zur Unterbringung deutscher Kriegsgefangener und von ca. 70, aus Ost- und Mitteldeutschland vertriebenen Landsleuten notdürftig genutzt. Für viele von ihnen begann ab jetzt eine erfreuliche

Wendung ihres Schicksals. Die englische Besatzungsmacht nahm sich dankenswerter Weise dieser völlig mittellosen Menschen an und verschaffte ihnen Arbeit. In verschiedenen Arbeitsgruppen reinigten die einen die Umgebung von allem Unrat und Dreck, andere standen den Engländern direkt für Versorgungs-, Transport- und Instandsetzungsarbeiten zur Verfügung.

Das Lager wechselte in der Nachkriegszeit mehrfach seinen Besitzer. 1947 wurde es für ein Jahr zur Polizeischule umfunktioniert. Die Lagerbewohner wurden als Zwischenlösung in das GSO Lager umgesiedelt. Ab Juni 1948 übernahm der Niedersächsische Heimatschutz die Lagerblocks. Vereinzelte leerstehende Räume besetzten zu dieser Zeit in ihrer Hoffnungslosigkeit Heimatvertriebene ohne polizeiliche Registrierung und ohne offizieller Genehmigung. Noch im Herbst 1948 begann der Abbau des Lagers bis auf ganz wenige Baracken, die von einer Reparaturwerkstatt bis 1969 genutzt wurden. Das Gelände wurde schließlich eingeebnet und diente fortan über Jahre hin den Fußballvereinen von Langendamm und Schessinghausen als Sportplatz. So hat das „Männerlager“ eine wechselvolle Verwendung hinter sich.



Ein Blick in den Lagerbereich

Neben den ausländischen Munitionsarbeiterinnen und -arbeitern, die in den zur Muna gehörenden Lagern untergebracht waren, gab es in nahezu jedem der umliegenden Dörfer auch eine Vielzahl von polnischen Jungen und Mädel, die auf verschiedenen Bauernhöfen und in Gewerbebetrieben arbeiten mussten und dort auch untergebracht waren. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, erfuhren diese Arbeitskräfte eine gute Behandlung. Trotzdem war ein gewisser Abstand einzuhalten. So war den Arbeitgebern beispielsweise verboten, engeren Kontakt mit den Polen zu pflegen, an einem Tisch zu sitzen oder gemeinsam mit ihnen zu essen – meistens aber hielt man sich nicht daran.

Bis August 1945 waren das Frauen- und das Männerlager in Langendamm auch Sammelstelle und Durchgangslager für schätzungsweise 20.000 Kriegsgefangene. Von hier aus konnten die meisten von ihnen nach kurzzeitiger Unterbringung die Heimreise antreten. Einige wenige besonders geeignete Handwerker blieben hier und suchten sich, wie bereits beschrieben, neue Betätigungsfelder bei den Engländern in der Trades Training School im Nachschub-, Transport-, Versorgungs- und Instandsetzungsbereich. Viele von ihnen fanden eine lukrative Verwendung und regulär bezahlte Arbeit.



Sammelstelle und Durchgangslager für Kriegsgefangene nach Kriegsende

6. Produktionsablauf zur Herstellung der Munition

Grundsätzlich ist festzustellen, dass in der Lufthauptmunitionsanstalt 3/XI Nienburg/ Langendamm überwiegend funktionsfähige, ungebrauchte Flugabwehrgranaten mit 7 unterschiedlichen Kalibern von 2.0 bis 15.0 cm produziert und gelagert wurden. Daneben mussten aber auch, je nach Aufkommen, gebrauchte Hülsen und fehlerhafte Granaten, die während des Krieges von außerhalb angeliefert wurden, zur Wiederverwendung vom Sprengstoff gereinigt und wieder aufbereitet werden. Als Sprengstoff wurde hauptsächlich verflüssigtes Trinitrotoluol (TNT) verarbeitet, das, wie wir heute wissen, schon in kleinsten Mengen krebsauslösend und erbgutschädigend wirken kann.

Füllstellenbereiche und Arbeitsgebiete



Zwei Zeitzeugen, Frau Martha Bujara und Herr Alfred Dreppenstedt (beide im Bild), beschrieben in einer Zeitzeugenbefragung 1991durch die GEO-Data GmbH die Örtlichkeiten, die Aufgabenstellungen und Herstellungsprozesse in den verschiedenen, ihnen bekannten Arbeitsbereichen.

Frau Bujara arbeitete von 1942 bis 1945 u.a. im Bindesaal im „Arbeitsgebiet West“ sowie in der Füllstelle West und in der Fertigstellung 1.

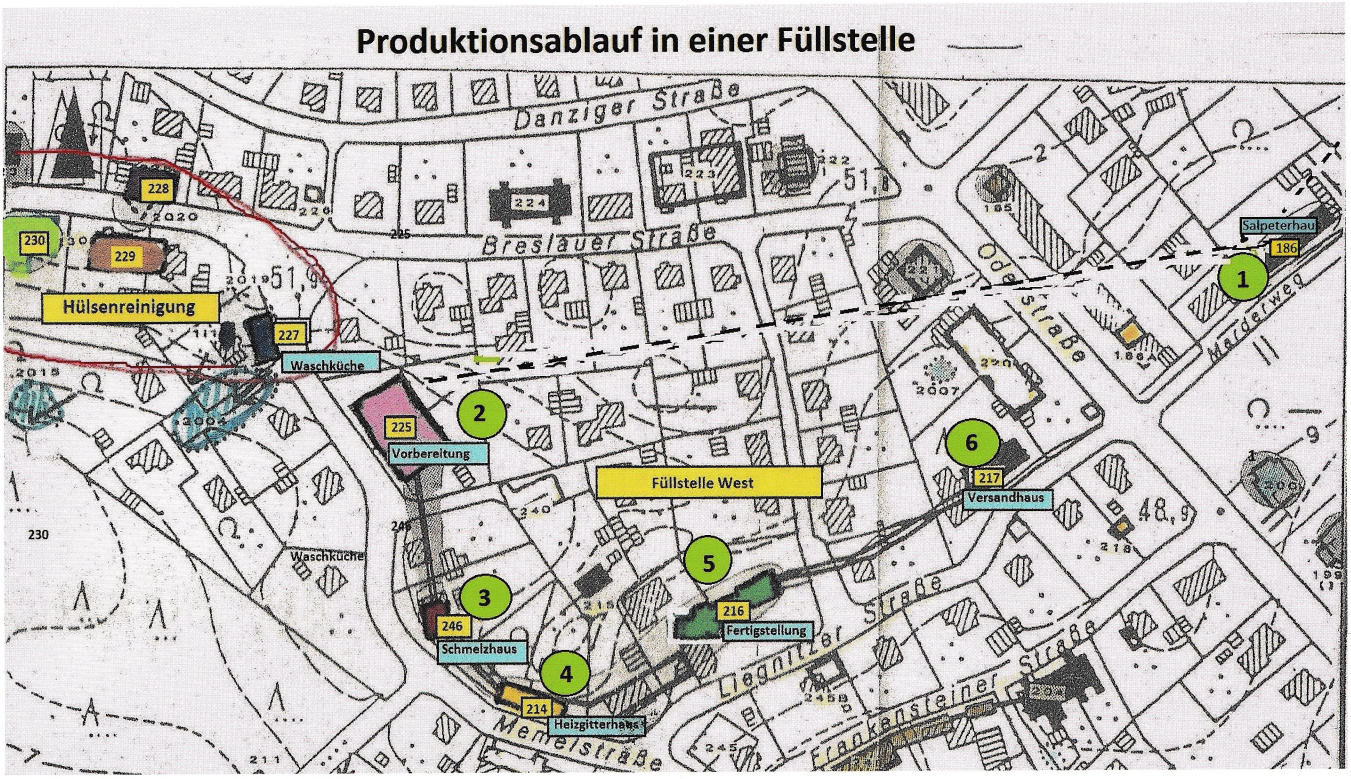
Herr Dreppenstedt war zur Zeit des Baubeginns 1935 zwölf Jahre alt. Schon damals hat er einiges von den regen Bautätigkeiten im Ort gehört, zumal drei Dipl. Bauingenieure, Pöhland, Rahn und Reinfeld, bei seinen Eltern wohnten. Als junger Soldat hatte er während seines Urlaubes mehrfach die Gelegenheit, sich im Gelände umzusehen und einige Fertigungsstellen zu besichtigen.

Nach dem Krieg konnte er die Muna richtig kennenlernen, was er als passionierter Hobbychronist auch reichlich wahrnahm.

Für diese Dokumentation ist er der wichtigste Zeuge, der mit einer Vielzahl von Fotos und Manuskripten verschiedene Situationen in Wort und Bild festhielt. Mit Ausnahme der Bunkersprengungen und der Schwarzpulververbrennungen durch die Engländer konnte er bei der Zeugenbefragung schlüssige Antworten gegeben, die von Frau Bujara bestätigt wurden.

Beide gaben übereinstimmend nähere Auskunft über Fragen, wie z.B.:

- Welche Kaliber wurden produziert?
- Wie war der Arbeitsablauf in den einzelnen Hallen?
- Wie wurde der Sprengstoff geschmolzen?
- Wie und wo erfolgte das Befüllen der Granaten mit TNT?
- Von wo wurde der Sprengstoff angeliefert?
- Wozu dienten die einzelnen Gebäude?



Füllstellenbereiche

Im südlichen Muna-Gelände befanden sich zwei Füllstellenbereiche, die „Füllstelle Ost" – sie wurde als erste gebaut – und die „Füllstelle West". In diesen Bereichen wurden die leeren und vorweg überprüften Geschosshülsen mit Sprengstoff befüllt. In ihrem Aufbau ähneln sich beide Füllstellen. Sie bilden, wie im Bild dargestellt, eine Produktionsstraße und bestanden jeweils aus fünf Gebäuden,dem Vorbereitungshaus, dem Schmelzhaus, dem Heizgitterhaus, der Fertigstellung und dem Versandhaus. Diese Gebäude waren untereinander mit unterirdischen geschlossenen, gemauerten Gängen verbunden, in denen die Geschosse mit Schiebekarren von dem einen zum anderen Gebäude weitertransportiert wurden. Diese Verbindungsgänge hatten Betonböden und waren mit Gullys an das Abwasserkanalsystem angeschlossen. Für beide Füllstellen war das Salpeterhaus vorgeschaltet.

Lfd. Nr. 1: Salpeterhaus

Im Salpeterhaus, Gebäude 186, wurden zum einen der aus der Pulverfabrik Liebenau angelieferte TNT-Sprengstoff, zum anderen aber auch Sprengstoffreste, die bei der Produktion angefallen waren, verarbeitet. Dazu wurden TNT-Sprengstoffe mit anderen, nicht näher bekannten, chemischen Stoffen mittels einer großen Pulvermühle, die sich in der Raummitte des Gebäudes befand, vermischt. Vermutlich wurden, u.a. wegen der Gebäudebezeichnung, etwa auch Salpeterverbindungen mit verarbeitet. Das Sprengstoffgemisch wurde sodann in ca. 1 m hohe Aluminiumfässern eingefüllt, verschlossen und dem Schmelzhaus zugeführt. Im Salpeterhaus, so berichten einige Zeitzeugen, sollen wegen der starken Gas- und Staubentwicklung Fenster und Türen meist sperrangelweit geöffnet gewesen sein, was sich sicherlich nicht nur auf die Gesundheit der Arbeiterinnen, sondern auch auf die Umwelt negativ auswirkten musste.

Lfd. Nr. 2: Vorbereitungshaus

Die leeren, mit gelbem Farbanstrich versehenen Granatenhülsen wurden meist per Werksbahn direkt bis an das Vorbereitungshaus Gebäude 225 angeliefert und dort auf Fehlstellen, wie z.B. Risse, Deformierungen etc. überprüft. Dazu wurde die Geschosshülse in eine Röhre geschoben und vermutlich mit Röntgenstrahlen durchleuchtet. Das Ergebnis der Prüfung wurde auf einer Leuchtanzeige festgestellt.

Fehlerlose Granaten wurden mit einem Handwagen im geschlossenen Verbindungsgang zur weiteren Verwendung zum Schmelzhaus transportiert.

Lfd. Nr. 3: Schmelzhaus

Im Schmelzhaus, Geb. 246, wurde das TNT- Sprengstoffgemisch geschmolzen und in die Granatenhülsen gefüllt. Das Gebäude selbst bestand aus festem Mauerwerk und hatte drei Ebenen, die durch Gitterroste voneinander getrennt waren. Das Erdgeschoß verfügte über einen stabilen Betonfußboden. Hier wurde der im Salpeterhaus zurecht gemischte Sprengstoff in den fest verschlossenen Aluminiumfässern mit Handwagen angeliefert und entgegengenommen. In einem Aufzug wurden die Fässer dann zum 2. Obergeschoss befördert. Dort wurden die Fässer geöffnet und der Sprengstoff durch einen Trichter in den Schmelzkessel geschüttet, der sich in der Mitte des 1. Obergeschosses befand. Der Kessel selbst hatte einen Durchmesser von ca. 1,5 m und eine Höhe von ca. 2 m. In ihm wurde das Pulver unter hohen Temperaturen zu einer zähflüssigen Masse geschmolzen. Beim Einfüllen des pulvrigen Sprengstoffes in den Schmelzkessel entstand verständlicherweise eine starke und schier unerträgliche Gas- und Staubentwicklung. Das eigentliche Befüllen der Granaten erfolgte dann im Erdgeschoss. Hierzu wurde der aus dem Schmelzofen kommende flüssige und sehr heiße Sprengstoff mittels mehrerer Schläuche in die vorgewärmten, leeren Geschosshülsen gegossen. Diese wurden vorher auf einer Art Drehbühne kreisförmig platziert und mit Einfülltrichtern versehen, welche maschinell festgeschraubt wurden. Ein beim Füllvorgang versehentlich auf den Boden getropfter Sprengstoff wurde umgehend in die im Fußboden eingearbeiteten Gullys gespült. Die befüllten Geschosse wurden zur weiteren Bearbeitung durch einen geschlossenen Verbindungsgang zum Heizgitterhaus transportiert.

Lfd. Nr. 4: Heizgitterhaus

Hier im Gebäude 214 wurden die Granaten erneut bis auf 1000 Grad Celsius erhitzt, vermutlich um den Sprengstoff zu homogenisieren und eine einheitliche Mischung zu erreichen. Dazu benutzte man ein Heizgitter, das von oben über eine vorbereitete Palette von 4 x 4 Granaten gestülpt wurde. Durch einen an jeder Granate aufgeschraubten Trichter wurde sodann ein Heizstab versenkt mit dem der Sprengstoff in einer festgesetzten Zeit erneut stark erhitzt wurde.

Lfd. Nr. 5: Fertigstellung 1 und 2

Die so aufbereiteten Granaten wurden nach Abkühlung und Verhärtung des Sprengstoffes auf Handkarren zur Fertigstellung 1 zum Gebäude 216 geschoben. Zur Fertigstellung1 mussten die Geschosse vor der weiteren Bearbeitung abgekühlt sein. War der Sprengstoff noch flüssig und heiß, musste man abwarten. Das Abschrauben der Einfülltrichter aus den Granatspitzen und das Eindrehen einer Mundlochbuchse in den Sprengstoff war eine der Arbeiten in der Fertigstellung 1. In dem beim Eindrehen der Mundlochbuchse entstehenden Hohlraum sollte später die Zündladung eingebracht werden. Am Putztisch wurde die Granate mit Äther von Sprengstoffresten gründlich gereinigt. Fehlstellen am Farbanstrich wurden mit Farbe ausgebessert. Die so präparierten Granaten wurden dann auf eine Eisenplatte gestellt und auf einer Rollbahn, zur Fertigstellung 2 befördert. Zum Trocknen der frisch aufgetragenen Farbe musste erst ein stark erhitzter Durchgang, der sog. „Ofen", durchquert werden. Zum Schutz vor Verunreinigungen wurde abschließend auf die Granatspitze ein Kunststoffdeckel aus Bakelit aufgeschraubt, der später beim Anbringen des Zünders wieder entfernt werden musste.

Lfd. Nr. 6: Versandhaus

Die so gefertigte Granate, als Endprodukt der Füllstellen, wurde abschließend zum Versandhaus, Gebäude 217, weitertransportiert. Von hier aus erfolgte die Verteilung zur sofortigen Verwendung oder zur

Lagerung in entsprechenden Hallen. Bei sofortigem Bedarf wurden sie dem Arbeitsbereich „West“ zugeführt, dort mit der Treibladung und dem Zünder ergänzt und dann direkt zur Verladung auf die Eisenbahn gebracht.



Die Mitarbeiter der Versandstelle der Muna im Kriegsjahr 1943

„Magazin“.

Ebenfalls gehörte das „Magazin noch zur Füllstelle. Dieses Gebäude 204 diente zur Lagerung und Ausgabe unterschiedlichsten Materials, wie z.B. Farbe, Äther, Brennspiritus, Ersatzteilen und viele andere benötigten Geräte und Materialien.

Chemielabor

Der angelieferte Sprengstoff TNT (Trinitrotoluol) und alle sonstigen notwendigen Chemikalien wurden vor ihrer Verwendung im Chemielabor, Gebäude 228, überprüft und gründlich untersucht. TNT glich in seiner Form kleinen linsenförmigen gelben Kristallplättchen, war geruchlos, stoßunempfindlich und konnte deshalb ohne weiteres angefasst werden. Eine Detonation würde erst durch eine Initialzündung ausgelöst. Wegen seines niedrigen Schmelzpunktes konnte man TNT ohne große Gefahr z.B. mit Wasserdampf schmelzen und die geschmolzene, flüssige Masse in die Hülsen füllen. In der damaligen Zeit war TNT als ungefährlich eingestuft und man ließ deshalb den Abfall auch bedenkenlos in Naturgewässer fließen. Heute wissen wir, dass TNT gesundheitsschädlich und krebsfördernd wirkt.

Arbeitsbereich „West“

Zur Herstellung einer funktionsfähigen Granate fehlen noch das Einbringen der Treibladung, des Zündbeutels und des Zünders. Der hierbei nötige und überwiegend sehr gefährliche Umgang mit diesen Materialien wurde in Arbeitshäusern im Arbeitsbereich West der Muna erledigt.

Ort der Hülsenreinigung

Eine von vielen groben Drecksarbeiten erfolgte in den Gebäuden 55 und in der kleinen Halle 227. Unter den Muna-Arbeitern hießen diese Gebäude einfach nur „Waschküche“.
Hier wurden alle angelieferten leeren Kartuschen, alle benutzten und nicht detonierten Granaten, der Ausschuss aus der eigenen Produktion, sowie jede Art von Blindgängern und sogar Bomben aus einer Bombenfabrik in Goslar, einer Überprüfung auf Risse oder Fabrikationsfehler unterzogen, danach intensiv gewaschen und grundgereinigt. Die auf den Fußboden gefallenen Sprengstoffreste wurde mit reichlich viel Wasser weggespült. Die dabei in großen Mengen angefallenen, übel riechenden Abwässer flossen aus der „Waschküche“ direkt auf oder neben den mit blauen Basaltsteinen gepflasterten Weg in eines der vorhandenen Absetzbecken, in groß angelegte Versickerungsflächen oder auch in kleinere Sickerschächte. Doch Unmengen der giftigen Abwässer versickerten einfach irgendwo im Gelände. Noch viele Jahre nach Kriegsende hat im Bereich der Abwasserrinnen, wie mehrere Zeugen aussagen, wiederholt „die Erde gebrannt“.

Nähstube

Die Zündbeutel wurden in der Nähstube, Gebäude 61, hergestellt. Dazu wurde Nitrozellulose, ein schwarzes Körnerpulver, in Beutel aus Fallschirmseide eingenäht. Seide wurde in großen Mengen zur Herstellung der Zündbeutel benötigt. Bemerkenswert ist, dass im Muna Bereich zwischen den damaligen Munitionshäusern 150 und 53, etwa im Verlauf der heutigen Oderstraße, zwischen Bromberger Straße (Höhe Kindergarten) und Führser Mühlweg, eine Maulbeerbaumplantage mit einer Längenausdehnung von immerhin ca. 400 Metern bestand. Maulbeerbäume werden bekanntlich zur Seidenraupenzucht genutzt. Ob hier eine reguläre Zucht des Seidenspinners zur Gewinnung und Verarbeitung von Seide stattgefunden hat, ist zwar anzunehmen, aber nicht belegt. Jedenfalls hat man sicherlich nicht grundlos eine so große Plantage mitten im Muna Gelände angelegt.

Bindesaal

Im Bindesaal wurden die Treibladungen gefertigt. Sie bestanden aus schwarzem, röhrenähnlichem Pulver, das mit Seidenfäden zu Bündeln zusammengebunden wurde. Am unteren Ende des Treibladungsbündels wurde ein mit Nitrozellulose Pulver gefüllter Zündbeutel angebracht.

Arbeitshäuser

Das Herstellen des gesamten Zündsystems und das Fertigmachen zur verwendungsfähigen Flak Munition, waren die vermutlich gefährlichsten Arbeiten. Das gesamte Bündel mit Treibladung und Zündbeutel wurde in die Kartusche gesteckt und das Geschoss auf die Kartusche gesetzt. An der Unterseite der Granate wurde eine eingefettete Zündschraube eingedreht und in die Mundlochbuchse wurde die hochbrisante, wenige Gramm wiegende, Zündladung platziert. Als letzter Arbeitsgang wurde der Zünder aufgeschraubt. Jeweils zwei solcher jetzt funktionsfähiger Granaten wurden in Munitionskisten verpackt, danach in Bunkern eingelagert oder direkt zum Versand gebracht

Das Röhrenpulver für die Treibladungen und das Pulver für die Zündbeutel wurden in Kisten aus der Pulverfabrik Liebenau angeliefert. Ebenso kamen Zünder, Zündladung und Zünderstellschrauben von außerhalb. Beim Umgang mit diesen hoch brisanten Materialien waren logischer Weise allerhöchste Sicherheitsmaßnahmen gefordert. In jedem Raum dieser Häuser wurde deshalb immer nur ein Geschoss durch einen engen Schlitz zugeführt und bearbeitet. Trotz aller gebotener Sicherheit kam es einmal, nach Schilderung von Alfred Drepppenstedt, zu einem tragischen Explosionsunglück, bei dem sechs Tote zu beklagen waren. Eine Arbeiterin hatte dabei versucht, einen festgeklemmten Zünder mit einem Hammer zu lockern.

7. Arbeitsbedingungen und Umweltschutz

Im allen Arbeitsbereichen, vornehmlich aber in den Füllstellen gab es, wie bereits geschildert, stets immens starke Gas- und Staubentwicklung. Die Haare der Arbeiterinnen verfärbten sich vom Pulverstaub „Muna-blond“, wie man seinerzeit sarkastisch witzelte, die Haut wurde gelblich und die Stimmbänder merklich angegriffen. Man kann sich leicht vorstellen, wie schädlich sich das auf die Gesundheit auswirken musste, zumal nirgendwo professionelle Schutzbekleidung oder Atemschutzmasken getragen wurde. Allenfalls hat man sich Mundtücher umgebunden, um nicht den gröbsten Schmutz und Staub einatmen zu müssen.
Gearbeitet wurde rund um die Uhr in 12-Stunden-Schichten. Nach jeder Schicht wurde geduscht. Für die Arbeiterschaft gab es eine karge Ration an Lebensmitteln, die im Wesentlichen morgens aus einer Kelle Kaffee-Ersatz und abends aus Kohlsuppe mit einem Stück Schwarzbrot bestand. Die Arbeiter der Füllstellen und jene, die mit Pulver in Berührung kamen, erhielten 2x am Tag in der Kantine ein bescheidenes aufgebessertes Essen und als „Giftzulage“ 1 Liter Milch, 400 Gramm Butter und etwas Zucker



zusätzlich.
Die Essenseinnahme fand im Kantinengebäude, dem sog. „Wohlfahrtsgebäude“, Gebäude 22, an der damaligen Falkenstraße, heute Breslauer Straße, statt. Dieses Gebäude wurde später zu Bundeswehrzeiten vom Verteidigungskreiskommando (VKK) genutzt (s. Bild).
Zum Schutz vor feindlichen Luftangriffen waren für die Beschäftigten in den Füllbereichen je zwei Luftschutzbunker im Verlauf der Schlangenstraße (heute Memelstraße) vorgesehen. Über Größe und Bauart gibt es allerdings keine Belege, so dass man nicht mit Sicherheit sagen kann, dass sie auch gebaut wurden. Die Muna wurde während des Krieges nicht bombardiert. Der Betrieb erfolgte in der Muna unter Kriegsbedingungen, die Munitionsproduktion hatte Vorrang vor anderen Maßnahmen, auch die zum Umweltschutz und persönlicher Gesundheit. Wasser war an allen Stellen dringend benötigt und durch Harzwasserleitungen eigentlich sichergestellt. Unabhängig davon war als Wasserreserve zwischen den beiden Füllstellenbereichen ein unterirdischer übergroßer Notwassertank vorgehalten. Um wenigstens den Arbeitsplatz einigermaßen sauber zu halten, musste die an mehreren Stellen angefallene stinkende gelbliche Sprengstoff-Brühe sofort mit reichlich viel Wasser weggespült werden. Trotzdem standen die Arbeiter, wie Zeitzeugen berichten, in den Hallen überwiegend – oft knöcheltief – im vergifteten Wasser. Diese Abwässer gelangten bestenfalls über Gullys in die Kläranlagen, oder aber in vorhandene Sickergruben. Nicht selten floss die Giftbrühe aber einfach über Gräben und Feldwege in den Wald, wo sie in das Erdreich und von da letztlich auch in das Grundwasser gelangen konnte. Dieser sorglose Umgang mit Giftstoffen sollte Ende der 80ziger Jahre beim Beseitigen der Rüstungsaltlasten in Langendamm für erheblichen Zündstoff sorgen. Grundwasserproben werden noch heute im Bereich ehemaliger Füllstellen-Kläranlagen der Muna im Rahmen der Altlasten-Gewässerschutzrichtlinien durch den Landkreis durchgeführt und durch das Land Niedersachsen bezuschusst.

8. Das Ende der Muna

Übernahme durch die Engländer

Die englischen Streitkräfte näherten sich in den ersten Apriltagen 1945 von Westen her unserer engeren Heimat, ohne noch – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auf nennenswerten Widerstand der sich in Auflösung befindlichen Wehrmacht zu stoßen. Die in der Vermittlung und Fernschreibstelle der Muna tätige Reichsangestellte K. Müller-Witte (im Bild rechts, auf dem Weg zu ihrem Büro) schrieb über die letzten Kriegstage ihre Erfahrungen und Geschehnisse in ihr Tagebuch. Sie spiegeln die Situation in der Muna und der näheren Umgebung zum Kriegssende anschaulich wieder. Danach beschreibt sie, dass am 01.April 1945 der Bahnhof in Nienburg bombardiert und viele Häuser im Umkreis völlig zerstört wurden. Es gab viele Tote. Auch die Tage danach brummten die feindlichen Bomberverbände ständig über der Stadt. Am 05.April 1945 steht der Feind mit seinen Panzerspitzen bereits bei Bühren, Artilleriefeuer war Tag und Nacht zu hören. Eigene Geschütze erwiderten aus dem Waldgebiet der Krähe das feindliche Feuer. Die Front rückte aber immer näher. In der Muna war höchste Alarmbereitschaft angeordnet. Am



8. April 1945 gegen 20 Uhr erreichte uns, so ist zu lesen, die Meldung „Feindpanzer in 4 km Entfernung". Daraufhin rückten die Soldaten eiligst ab. Vor Ort blieben lediglich einige Offiziere und Feuerwerker, die auf den Befehl zur Sprengung der kriegswichtigen Anlagen warteten. Mit Eintreffen der Meldung „feindliche Infanterie auf der Straße in Richtung Muna im Vormarsch" begannen die eingeteilten Trupps mit den ersten eiligen Sprengungen. Gegen 5 Uhr morgens war die Hölle los. Die Häuser erzitterten in ihren Grundfesten, rundherum Artilleriebeschuss und Tiefflliegerangriffe. Erst gegen Mittag des 9. April, als die englischen Panzer bedrohlich herannahten, hörten die Sprengungen auf. Die Sprengkommandos setzten sich in Richtung Lüneburger Heide ab. Das bevorstehenden Eintreffen der Engländer war in Windeseile natürlich auch in Nienburg bekannt geworden. Der damalige Bürgermeister Beims reagierte besonnen und verantwortungsvoll, fuhr mit zwei Mitgliedern des Stadtrates den Engländern entgegen und handelte eine kampflose Übergabe der Stadt aus und verhinderte so sinnloses Blutvergießen. Gegen Abend bot die Muna ein Bild des Grauens. Alle Tore standen offen. Trümmerhaufen überall.

Die chaotischen Zustände nach Kriegsende

Ergänzend zu den Aufzeichnungen der Zeitzeugin K. Müller-Witte schildert Alfred Dreppenstedt in einem Manuskript die Situation der letzten Kriegstage aus seiner Sicht. Mit dem Einmarsch der Engländer am 9. April 1945 in Langendamm schlug die Befreiungsstunde für die Zwangsarbeiter, die hart für das NS-Regime arbeiten mussten, aber auf der anderen Seite als Menschen 2. Klasse gesehen und leider auch so behandelt wurden. Es war daher irgendwie natürlich, dass sich nach der Befreiung dieser Ausländer nunmehr aufgestaute Emotionen und Hass entluden. So plünderten die ausländischen Zwangsarbeiter und die Russinnen, nahmen und zerschlugen, was in der Muna und sonst irgendwo in greifbarer Nähe war. In allen Büros waren Akten und Papier verstreut, Schreibtische und Schränke aufgebrochen, Karabiner, Munition und Eierhandgranaten lagen herum. Überall unheimliche Gestalten, wild um sich blickend. Für die Zeitzeugin K. Müller-Witte waren dies unvergessliche Momente, schreibt sie in ihr Tagebuch.

Betroffene dieser Racheakte waren aber nicht nur die deutschen Muna-Angestellten, Leidtragende waren auch die Bewohner der Nachbardörfer Bolsehle, Brokeloh, Husum, Groß Varlingen, Linsburg, Schessinghausen, aber ganz besonders und natürlich Langendamm. Das Dorf mit seinen Ausländerlagern war weit über seine Grenzen hinaus bekannt, aber verrufen. Fremde machten einen großen Bogen um das Dorf. Diebstähle, Raub und sogar Morde hielten die Bevölkerung in Atem. Einheimische Soldaten, Männer und Frauen wurden ausgeraubt und misshandelt. Wegen dieser Vorkommnisse wurden alle deutschen Landsleute auf Umwegen um Langendamm herum geleitet. Hatten die Bauern aus den umliegenden Dörfern in Nienburg etwas zu besorgen, so mussten sie aus Sicherheitsgründen in größeren Gruppen fahren. Weit über die Grenzen Norddeutschlands hinaus, war Langendamm lange Zeit der Schreckensort schlechthin.

Diese Schreckenszeit war in ihrer Recht- und Regellosigkeit durchaus mit den Gräueltaten des Dreißigjährigen Krieg vergleichbar, meint der Zeitzeuge Dreppenstedt. Einzelne Gehöfte und Häuser, wie z.B. Finkahlenheide, wurden total ausgeplündert und zerstört. Die Bevölkerung wurde terrorisiert. Tag für Tag wurden die Dörfer attackiert. Kolonnen von Ausländern schleppten in Säcken und auf der Schulter frisches Fleisch, Lämmchen und Ferkel. Ein Bild des Grauens. Es waren ruhelose Tage und Nächte. An allen Ecken wurde man als „deutsches Schwein" beschimpft. Besonders schlimm trieb es ein Mongole, der mit einer Pistole und mit einer Panzerfaust die Leute bedrohte und erpresste. Selbst Polen, die während des Krieges in den Dörfern meist in der Landwirtschaft beschäftigt waren und dort durchaus menschlich behandelt wurden, unterstützten oft mutig, konnten letztlich aber auch wenig ausrichten. Zuletzt griffen die Ortsbewohner zur „Selbsthilfe", rotteten sich gruppenweise zusammen und vertrieben mit Knüppeln, lautem Geschrei und Pistolenschüssen die Räuber. Polen und Russen waren sich häufig spinnefeind, so dass es mehrfach zu großen Schlägereien kam, die meist mit schwersten Körperverletzungen auf beiden Seiten endeten. Zuweilen kam es auch vor, dass Zwangsarbeiter durch Trinken von Petroleum, Brennspiritus und Methylalkohol den Tod fanden.

Als die Situation im Ort nahezu unerträglich wurde, baten beherzte Einwohner die englische Militärregierung, die im Nienburger Hotel „Zum Kanzler“ einquartiert war, um Hilfe. Diese wurde dankenswerter Weise nicht verweigert. Schließlich wurde eine starke Truppe von Engländern im Ort stationiert. So kehrte im August 1945 endlich die langersehnte Ruhe und Ordnung wieder ein.

9. Sprengung der Bunker und Munitionsräumung

Wie bereits erwähnt, begannen Sprengkommandos der deutschen Luftwaffe in der Nacht vom 8./9. April 1945 eiligst mit der Sprengung der wichtigsten Bunker- und Produktionsanlagen, um eine Übernahme der Munition durch die Besatzungsmächte zu vermeiden. Danach setzten sie sich zum übergeordneten Verband im Fliegerhorst Faßberg ab.



Tonnenweise landeten in Sprengtrichtern und Löschteichen Explosivstoffe

Zum Leidwesen der Nachwelt wurden in der Hektik und unter enormen Zeit- und psychischen Druck bei den Notsprengungen die hierzu gebotenen und notwendigen Sicherheitsvorkehrungen nicht mehr eingehalten. Die Gefahr wurde sogar eher mehr verschlimmert als beseitigt. Aus den unsachgemäß gesprengten Bunkern flogen die Granaten und der Sprengstoff Hunderte von Metern weit in das umliegende Gelände. Abertausende von nicht vernichteten Granaten, Sprengkörpern und Zündern förderte man später zu Tage. Außerdem wurden Riesenmengen von scharfen Munitionsteilen, Kartuschen und Bordwaffenmunition eiligst einfach in die für die Brandbekämpfung angelegten großen Löschteiche geworfen. Überall lag loses Röhrenpulver. So ist es nicht verwunderlich, dass das Gelände der ehemaligen Muna Langendamm übersät war mit Explosivstoffen. Überall im Gelände lauerte der Tod. So kam es immer wieder seit Kriegsende zu zahlreichen tödlichen Unfällen.



Zugang zu gesprengtem Munitionsbunker
Foto: Wikipedia, relikte.com



Reste eines Gebäudes im Produktionsbereich
Foto: Wikipedia, relikte.com

Natürlich hatte man seitens der zuständigen Verwaltungsbehörden strengstens untersagt, das Gelände unbefugt zu betreten. Doch was nützen Warnschilder und alle Verbote, wenn man das herumliegende Altmaterial, wie Eisen, Aluminium, Kupfer, Seidenstoffe etc. zu Geld machen kann? So kamen die Metallsammler trotz Verbotes scharenweise zum Muna- Gelände und holten weg, was sie gebrauchen oder verhökern konnten. Die Unglücksfälle blieben zwangsläufig nicht aus. So mancher Ofen in der Umgebung der Muna ist in die Luft geflogen, berichten Zeitzeugen, weil man das gesammelte Röhrenpulver leichtsinnigerweise als Feueranzünder verwendete. Die Bilanz der Unfälle hat ein erschreckendes Bild.
Schon kurz nach Kriegsende gab es mehrere tote Polen und Russen auf dem Muna-Gelände. Am 18 November 1945 ereignete sich dann eine der größten Nachkriegskatastrophen in unserer Gegend, als

durch zwei Explosionen 17 Menschen zu Tode kamen. Alfred Dreppenstedt beschreibt die Geschehnisse detailliert.



Das Foto, Ende 1949 aufgenommen an der Zünderstraße, zeigt links und in Bildmitte leere, aber noch intakte, im rechten Teil bereits gesprengte Lagerhallen. Auffallend ist der sehr dichte Baumbestand im Hintergrund, während auf Anordnung der Engländer vor der Sprengung der Bunker der gesamte Baumbestand um die einzelnen Bunker gerodet sein musste

Explosionen mit 17 Toten

Wenige Tage vor dem Unglückstag hatten Bewohner umliegender Dörfer in Erfahrung gebracht, dass in den Bunkern 45 und 46 an der Zünderstraße u.a. noch Unmengen von Pulvertonnen und mit Nitrozellulose gefüllte Leinensäcke, gelagert seien. Metalle und Leinen waren dringend begehrte Artikel. Die Meldung verbreitete sich in Windeseile und viele machten sich auf den Weg, um sich zu holen, was herrenlos herumlag, aber benötigt wurde. Das Unheil begann am besagten 18. November. Gegen 08.10 Uhr stieg ein riesiger Feuerblitz am Himmel auf, dem wenige Sekunden später zwei ohrenbetäubende Detonationen folgten. Im weiten Umkreis zerbarsten Fensterscheiben und Dächer wurden beschädigt. Eine gewaltige rußgeschwärzte Rauchsäule überzog das gesamte Muna Gelände bis zum etwa 3 km entfernten Linsburg und hinterließ eine graue nach Pulverdampf riechende Staubschicht. Zwei Bunker an der Zünderstraße waren explodiert, 17 Menschen fanden den Tod.

Der Unfallhergang kann nur vermutet werden. Demnach sollen die Männer versucht haben, im Schutze der Dunkelheit die in den Bunkern 45 und 46 gelagerten Pulvertöpfe oder Leinensäcke zu sammeln. Ermittlungen der Sachverständigen zur Folge, kommen drei Ursachen der Explosion in Frage. Einmal könnte eine Initialzündung entstanden sein durch
– unachtsamen Umgang mit einem Feuerzeug, einem brennenden Streichholz einem noch glimmenden Zigarettenstummel oder
– durch Funkenbildung verursacht durch Nagelschuhe am harten Zementfußboden. Aus diesem Grunde galt die grundsätzliche Anordnung, beim Betreten der Bunker immer Filzschuhe zu tragen oder
– durch den Versuch mit einem Hammer oder einem Beil die Pulvertonnen aufzubrechen.

Eine Erklärung, weswegen das Feuer von einem auf den anderen Bunker übergreifen konnte, sehen die Sachverständigen darin, dass die mit Nitrozellulose gefüllten Leinensäcke zu Anfang meist noch im Bunkerinneren, dann aber immer häufiger im freien Gelände vor den Bunkern vom Pulver entleert wurden. So bildete sich hier zunehmend zwischen den Bunkern eine durchgehende Pulverschicht, die letztlich wie eine Art Zündschnur fungierte. Ein ehemaliger Betriebsingenieur, Herr Diekmann, ist sich sicher, dass bei der Explosion mindestens ca. 38 Tonnen Nitrozellulose explodierten, die in Seidenbeuteln

eingenäht, noch in den Bunkern gelagert haben sollen. Die hochbrisanten Nitrozellulosepäckchen dienten als Beiladung dazu, die Zündung des Röhrenpulvers der Treibladung zu beschleunigen.

Beginn der Munitionsräumung durch Räumkommandos



Räumkommando säubert das Gelände von Munition und Pulver

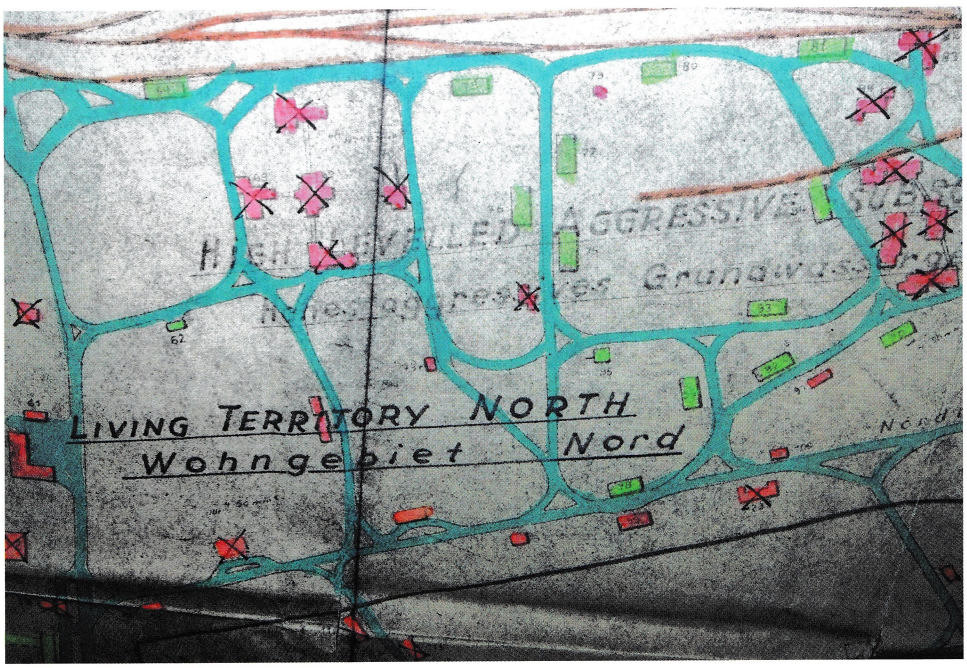
Ab 1946 bis 1948 sprengte die Besatzungsmacht fachgerecht die noch in restlichen Bunkern vorhandene Munition. Zeitgleich wurde ein Munitionsräumkommando zum Aufsammeln der herumliegenden Munitionsteile eingesetzt. Leider kam es in den folgenden Jahren dennoch immer wieder zu Unfällen und schlimmen Verletzungen. Darunter waren 1948 auch 3 Feuerwehrmänner während einer Waldbrandbekämpfung. Als es im Jahre 1951 wieder zu Explosionen bei einer Waldbrandbekämpfung kam, wurde schließlich auch für sämtliche Feuerwehren das Muna- Gelände gesperrt.

Trotzdem blieb das Gelände ein Anziehungspunkt für Sammler, so dass im Februar 1953 wieder ein Toter zu beklagen war. Festzustellen ist leider aber auch, dass Unfalltote und Verletzte nahezu immer auf persönlichen und menschlichen Leichtsinn zurückzuführen waren.



Nach so vielen Toten und Verletzten wurde schließlich eine professionelle, gründliche Säuberung des gesamten Muna- Geländes unter dem erfahrenen Hannoveraner Sprengmeister Hans Rocksien (Bildmitte) und seinen ausgebildeten Feuerwerkern angeordnet. Ihr Einsatz dauerte mit zeitweiligen Unterbrechungen von 1949 bis Ende Dezember 1953.

Die Gesamtausbeute dieser Säuberungsaktion betrug die unvorstellbare Menge von mindestens 220 Tonnen Munition, überwiegend Gewehrmunition und natürlich Sprenggeschosse vom Kaliber 2,0 bis 10,5 cm, die meist vor Ort, allein schon wegen des gefährlichen Transportes, gesprengt wurden. Neben der Munitionsfunde wurden rund 600 bis 800 Kisten lose Pulverbestände eingesammelt. Aber war damit das Problem der tödlichen Gefahr gelöst und fühlten sich nach dieser Säuberungsaktion nun die Bewohner auch wirklich sicher?



Die Engländer führten genau Buch über ihre Sprengungen
(im Bild ein Ausschnitt einer Originalkarte der Besatzungsmacht)

10. Besiedlung des Geländes durch Heimatvertriebene

Nachdem nun das Gelände scheinbar vollständig von Munition, Sprengstoffresten, Zündern und anderen gefährlichen Stoffen frei war, wurde der Ruf nach Baugelände und Wohnraum immer lauter. Durch die große Anzahl von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen entstand in Langendamm eine unbeschreibliche Wohnungsnot. So wurde schon frühzeitig an die Besatzungsmacht die Bitte gestellt, die noch vorhanden, ausbaufähigen ca. 70 Steinbaracken im ehemaligen Muna Gelände zum Bau von Wohnungen freizugeben. Das Gelände Westerbuch, östlich des Führser Mühlweges, sollte ohnedies nach den Vorstellungen der Gemeindeverwaltung und des Gemeinderates einmal wertvolles Siedlungs- und Industriegelände werden. Die Besatzungsmacht gab zwar auf hartnäckiges Drängen des Gemeinderates einen Teil des Muna Geländes frei, verweigerte aber die Freigabe des Gesamtkomplexes. Damit war eine elementare Voraussetzung für den Erhalt von Baudarlehen oder Eintragung in das Grundbuch nicht erfüllt. 1950 genehmigte die Finanzverwaltung dann doch zunächst für lediglich 11 Familien einzelne, eigentlich abbruchreife Baracken zum Selbstausbau. Ein Tropfen auf den heißen Stein.



Beispiel: Einfamilienhaus

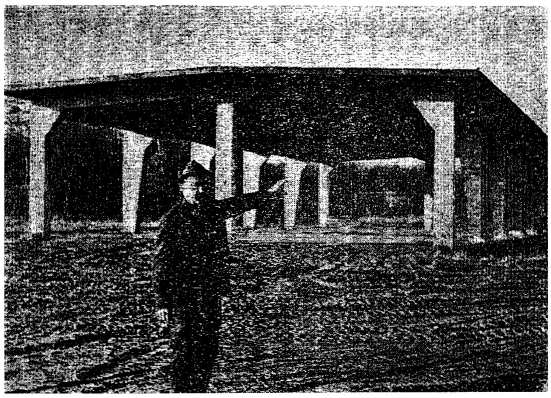
Um den Forderungen nach mehr Wohnraum verstärkten Nachdruck zu verleihen und rechtsverbindliche Verträge zu erhalten, gründeten die Siedler unter dem Vorsitz von Harald Strutz, ein Heimatvertriebener aus Stolz bei Frankenstein, eine Interessensgemeinschaft. Ihr Aufgabenbereich war vielseitig. So beantragte man als ersten Schritt, die verkommenen Notbaracken der 11 Familien zu reparieren. In welch erbärmlichem Zustand sich die „Russenbaracken" des Frauenlagers befanden und was den dort wohnenden Flüchtlingsfamilien zugemutet wurde, beschreibt ein Harke Artikel vom 10.10.1951:

„Durch die Hebung der Außenwände sind alle Innenwände aus den Fugen geraten. Etwa 10-20 cm große Luftlöcher klaffen von Wohnung zu Wohnung zwischen Innenwänden und Decken. Auf den Dielen herrscht der gleiche Zustand. Wenn man manche Zimmer betritt, so glaubt man sich in einer Hexenschaukel zu befinden. Die Dielen sind gewellt und haben nach innen hin ein beträchtliches Gefälle. Durch große Luftlöcher zieht die Bodenkälte in die Zimmer, die Türen hängen schief in den Angeln, ein Schließen ist unmöglich…Nachtsüber tanzen die Ratten, die unter der Baracke ihre Wohnung haben, in den Zimmern herum. Kurz gesagt, es ist unbeschreiblich. Die 11 Familien sind im kommenden Winter der Kälte und dem Verderb ausgesetzt"



Desolater Zustand der Baracken

Nach mehrmaligen Anträgen an die zuständige Behörde wurde schließlich notdürftig repariert. Unabhängig davon blieben die Freigabe von Gelände zur Besiedelung und die Erlangung von Erbpachtverträgen Dauerbrenner im Gemeinderat. 1951 wurde dann schließlich doch Langendamm „Westerbuchskämpe" vom Niedersächsischen Staatsminister zum Wohnsiedlungsgebiet erklärt. Dazu war der hierzu erstellte Teilbebauungsplan im Gemeinderat durchaus umstritten, da man befürchtete, dass das ohnehin schon weit auseinandergezogene Ortsbild noch weiter ausgedehnt würde und die Kosten durch den Bau einer Straße, sowie Wasser- und Elektrizitätsleitungen erheblich höher ausfallen müssten. Da allerdings bereits umfangreiche Vermessungen stattgefunden haben, wurde schließlich im Interesse der bauwilligen Siedler und Flüchtlingen, die hier Nebenerwerbsbetriebe einrichten wollten, der umstrittene Bebauungsplan vom Gemeinderat genehmigt.


Dieses Haus an der Moorstraße war das erste Haus, das von Siedlern bezogen wurde

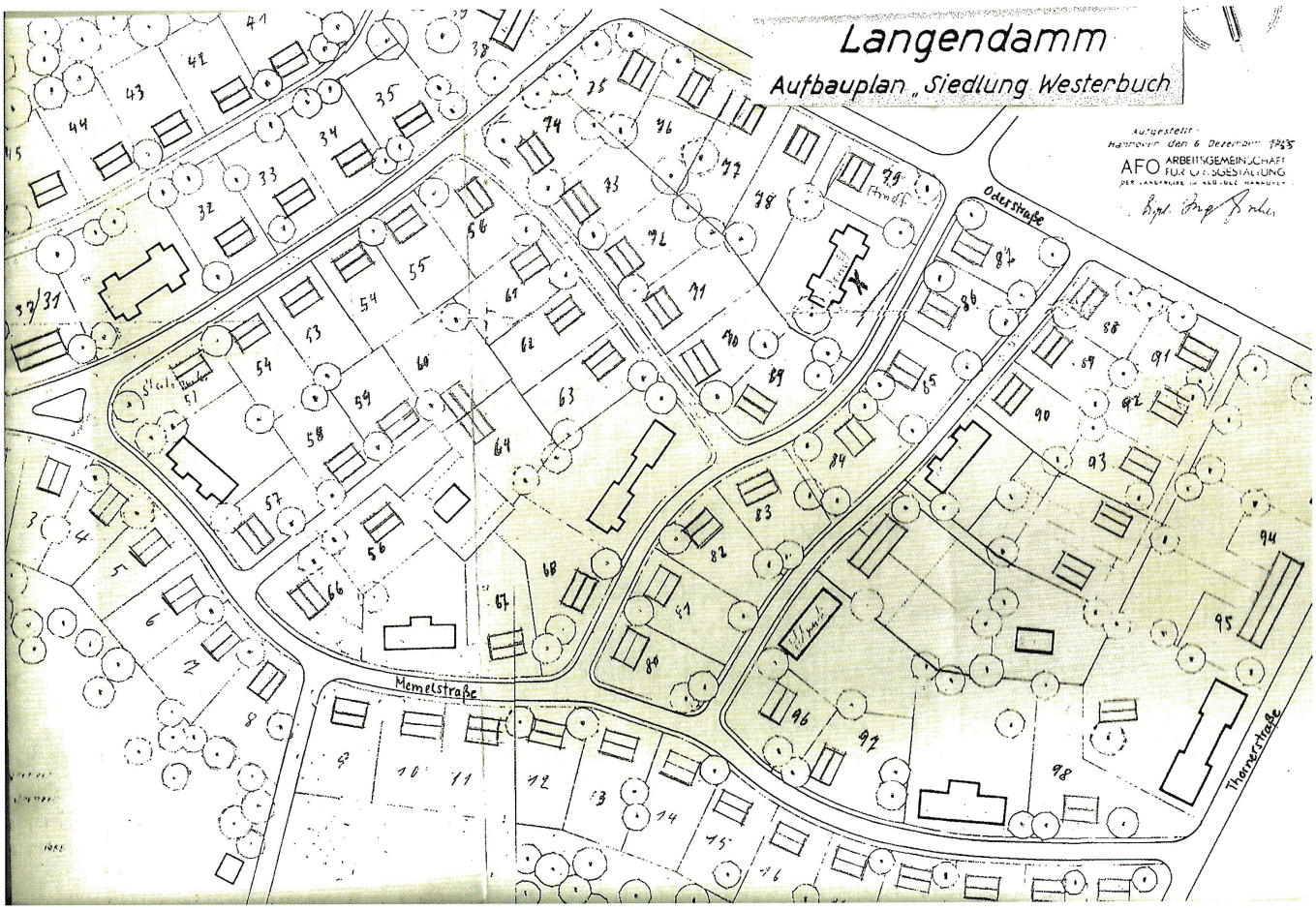
Immerhin hofften nahezu 800 Heimatvertriebene und 20 Betriebe auf Wohn- und Betriebsraum. Erschwerend kam hinzu, dass auch die Dienststelle Blank großes Interesse an der Nutzung des ehemaligen Muna-Gelände bekundete.
Unglücklicherweise kam es leider im Muna-Gelände trotz des Einsatzes des Munitionsräumkommandos bis Ende Dezember 1953 immer wieder zu Explosionen und Waldbränden mit Verletzten und Toten, was die Gesamtsituation nach Wohnbebauung noch verschlimmerte. Selbst nach Beendigung der Munitionsräumung fühlten sich die Bewohner und Bauwilligen am Westerbuch immer noch beunruhigt und hielten das Gelände keineswegs für sicher und risikolos bebaubar. Man forderte vehement die Wiederaufnahme der Munitionssuche und -Räumung.

Um der Forderung mehr Nachdruck zu verleihen, schaltete man offiziell den Regierungspräsidenten von Hannover ein. „Keine Gefahr für die Muna-Bewohner“ ließ dieser durch die Polizeidirektion Hannover im Februar 1954 in der Hannoverschen Presse verkünden. Das Gelände sei schließlich durch eine größere Abteilung des Bombenräumkommandos gesäubert worden. Zur Beseitigung der restlichen Bunkertrümmer habe man auch eine Privatfirma beauftragt und darüber hinaus zur Überwachung des Geländes und zur Beseitigung von sporadischen Munitionsrestvorkommen eine Hilfskraft eingestellt.
Eine akute Gefahr bestehe jetzt auf keinen Fall mehr. Soweit die offizielle Stellungnahme.


Beispiel: Mehrfamilienhaus

Nach anfänglichen ungeklärten Besitzverhältnissen und nur kurzfristigen Miet- und Pachtverträgen wurde schließlich im September 1954 das Gebiet Westerbuch- Süd für eine dauernde Besiedlung und zivile Nutzung freigegeben. Jetzt wurden Baupläne erstellt und Vermessungen durchgeführt. Danach begann man den dichten Wald zu entholzen. Forstarbeiter fällten Bäume und rodeten die Stubben. Sie waren auch die ersten, die im Bereich Westerbuch- Süd die leerstehenden ehemaligen Munitionslagerhallen, jetzt mit ausdrücklicher Genehmigung der Finanzbehörde und des Staatshochbauamtes Hannover, bewohnbar machten. Die Kunde von noch zahlreich vorhandenen geräumigen Hallen der Muna sprach sich unter den vielen Flüchtlingen, die ihre ost- und mitteldeutsche Heimat verlassen mussten, sehr schnell herum.

Ein Bauplan über 80 Wohnhäuser in einer Größe von 13 Hektar im südlichen Muna Gelände wurde erstellt, während der nördliche Teil weiterhin dem Bundesverteidigungsministerium vorbehalten blieb. Viele sahen nunmehr ihre Chance, die Angebote zu nutzen und sich eine neue Existenz aufzubauen. Ihnen wurde vom niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Grundstückspreis für 0,60 DM/m² oder ein Erbbaurecht in Aussicht gestellt. Im Vertrauen auf diese Versprechen fingen viele an, Miet- und Pachtverträge abzuschließen und die leeren Hallen auszubauen und bewohnbar zu machen. Langendamm wurde so Anziehungspunkt für zahlreiche Heimatvertriebene. Um ihre neuen Besitzverhältnisse auch rechtlich abzusichern und an die nötigen Gelder aus der Soforthilfe für den Wohnungsbau zu kommen, brauchte man starke Verhandlungsführer mit Durchsetzungsvermögen. Die „Baugemeinschaft der Selbstausbauer „ unter ihrem Sprecher Harald Strutz, knüpfte Verbindungen zum Landkreis und auch zu Landes- und Bundesministerien. Es war ein unermüdliches Kämpfen für die Interessen der Vertriebenen.





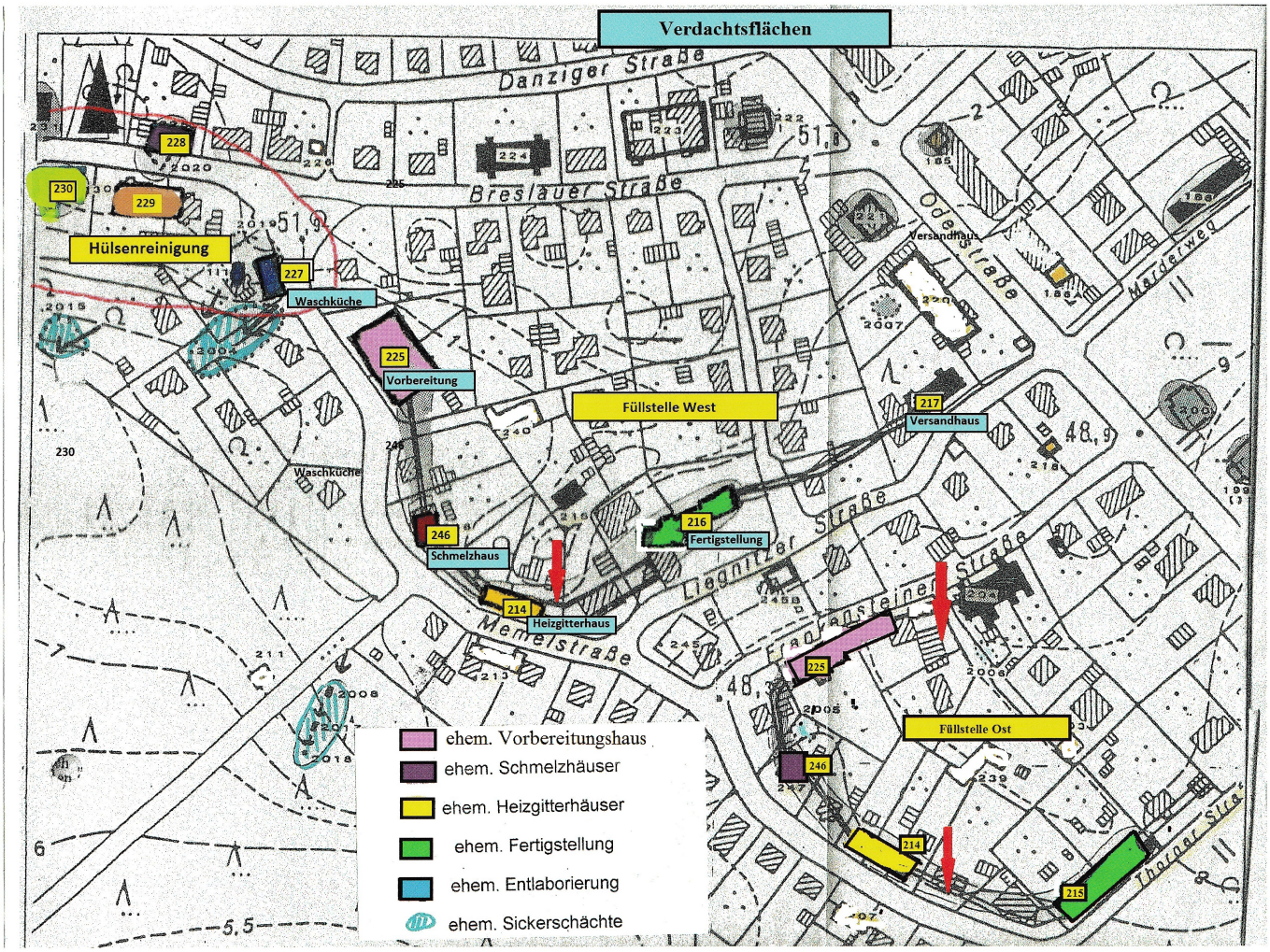
So war die Einwohnerzahl schnell auf über 800 Bewohner angestiegen und 20 Betriebe siedelten sich an. Die ersten Industrieunternehmen waren eine Werkstatt von Otto Groß, der zunächst Holzschuhe, dann Herren- und Damenoberbekleidung fertigte. Es folgten die Ofenfabrik Rohna, die Kleinmöbelfabrik Jürgenliemk (s. Bild) und eine Pilzzüchterei am Rande des Übungsplatzes. Immerhin beschäftigten 1953 die auf dem Muna-Gelände angesiedelten Betriebe rund 400, meist heimatvertriebene, Menschen.

Am 27. August 1957 war es dann soweit, das erste Richtfest wurde groß gefeiert. 40 Siedlungshäuser mit rund 80 Wohnungen entstanden nach und nach. Der Ort blühte förmlich auf. Die neuen Firmen benötigten entsprechende Arbeitskräfte. Letztlich erfuhr Langendamm auch durch den Bau der neuen Bundeswehrkaserne 1957 einen weiteren enormen Zuwachs an Bewohnern. Aus dem ehemaligen kleinen, unbedeutenden Örtchen, das im Jahr 1933 gerade mal 158 Einwohnern zählte, wurde so innerhalb von nur 25 Jahren eine starke Gemeinde. Ende der 1960ziger Jahre hatte Langendamm über 4000 Einwohner. Ausschlaggebend für den Aufschwung war nicht zuletzt die sofortige Nutzbarkeit der vielen leerstehenden stabilen Muna Hallen, die mit wenig Aufwand umgebaut werden konnten. Sie waren nun nicht mehr Lagerstätten von Kriegsmaterialien, sondern boten vielen Heimatvertriebenen dringend nötigen und letztlich auch bezahlbaren Wohnraum.


Bau der Kaserne 1956/57

11. Beseitigung der Rüstungsaltlasten

Der Ort nahm also eine rasante positive Entwicklung, zumal auch das Problem der Beseitigung der Restmunitionsbestände durch die Räumkommandos weitgehend erledigt war. Aber da gab es ein weiteres großes Problem. Was war mit den Giftstoffen im Boden? TNT, mittlerweile von Gesundheitsexperten als gesundheitsschädlich eingestuft, wurde seinerzeit doch massenweise ins Erdreich gespült. Diese Sorge bewegte nicht nur die Langendammer immer mehr, sondern wurde bundesweit ein höchst interessantes politisches Thema. Endlich begann Ende der 1980ziger Jahre im gesamten Bundesgebiet und so auch in Niedersachsen die systematische Aufarbeitung der Rüstungsaltlasten.



Untersucht werden sollten alle in Frage kommenden Verdachtsflächen im Hinblick auf ihre Gefährdung für die Bevölkerung. Allein in Niedersachsen, das unter den Rüstungsaltlasten besonders zu leiden hatte, gab es landesweit immerhin rund 400 solcher Verdachtsflächen. Die Muna Langendamm, in der über 7 Jahre Munition hergestellt wurde, war logischerweise auch eine dieser möglichen Verdachtsflächen. 1991 endlich wurde das längst überfällige Gutachten unter Federführung des Niedersächsischen Umweltministeriums für die Muna Langendamm in Auftrag gegeben. Das den Landkreis Nienburg betreffende brisante Ergebnis wurde dem Landkreis allerdings erst gut 2 Jahre später, am 23. Februar 1994, offiziell zugestellt wurde. Das Gutachten zeigt auf, dass der ehemalige Muna-Bereich Westerbuch besonders im Bereich der 2 Füllstellen im Verlauf des ehemaligen „Schlangenweges"– heute Memelstraße –, Frankensteiner Straße und Liegnitzer Straße möglicherweise ein hohes Gefährdungspotential darstelle (s. Plan rote Pfeile) Zorn und Unverständnis herrschte bei den verantwortlichen Vertretern des Landkreises und der Stadt nicht nur über die späte Information, sondern auch über die Absicht, auf Grund der prekären Haushaltslage, die nötigen Untersuchungen zu verschieben. Die damaligen Landtagsabgeordneten Willi

Heineking und Traute Grundmann wurden gebeten, bei der Landesregierung notwendige Maßnahmen anzumahnen, zumal die besonders gefährdeten Bereiche mitten in dem längst bebauten und bewohnten Wohngebiet lagen.





Großes Interesse bei einer von vielen Bürgerversammlungen

Der Druck auf das Niedersächsische Umweltministeriums, zumindest ein Folgegutachten zur Gefahrgutabschätzung in Auftrag zu geben, wurde immer stärker. Dazu trugen natürlich die im ganzen Lande zahlreich gebildeten Bürgerinitiativen, aber auch die Verantwortlichen für Kreis und Stadt Nienburg, namentlich der Oberkreisdirektor Dr. Wilfried Wiesbrock, sowie der Stadtrechtsrat Peter Brieber wesentlich bei.

Im August 1994 endlich stufte die Landesregierung den Standort Langendamm in die oberste Priorität ein und stellte finanzielle Mittel in Höhe von rund ½ Million DM für notwendige, großräumige Altlastbeseitigungen bereit. Das Niedersächsische Landesamt für Wasser und Abfall beauftragte sodann die GEO-Data GmbH mit der Durchführung aller erforderlichen Maßnahmen. Es folgte umgehend die erste Vorrecherche und Abschätzung des Gefährdungspotentials zunächst durch Auswertung des verfügbaren Katenmaterials und durch Anhörung von Zeitzeugen über die Gebäudenutzung während der Produktionsphase. Neben der toxikologischen Gefährdung durch vielerlei chemische Substanzen, sah man durchaus auch Explosions- und Brandgefahr, was stellenweise aufgetretene Brände bewiesen. Also wurden Boden-, Bodenluft- und Wasseranalysen in Auftrag gegeben. Im Oktober 1994 wurden sodann erste Proben entnommen, schwerpunktmäßig in den Bereichen, wo mit flüssigem TNT- Sprengstoff hantiert wurde, vornehmlich in den Füllstellenbereichen „Ost“ und „West“, im Bereich der Hülsenreinigung, aber auch im engen Umkreis von Klärbecken, Sickerschächten und Abwasser Kanälen. An diesen Stellen sind nach Aussagen der Zeitzeugin Frau Martha Bujara, die in diesem Bereich lange Zeit wohnte, Unmengen von Giftstoffen versickert oder als Staub in die Umgebung gelangt.

Ab Oktober 1994 ging es dann richtig zur Sache. Im Wohngebiet Westerbuch wurden in 152 Gärten Spatenproben bis 40 cm Tiefe entnommen, sowie weitere 29 Rammkernsondierungen bis 3 m Tiefe und 395 TNT Schnelltest durchgeführt, die im Labor, unmittelbar vor Ort, gründlich untersucht und ausgewertet wurden. Dabei wurden bei immerhin 49 Spatenschürfen, bei allen 29 Rammkernsondierungen und bei 102 TNT Proben, Bodenbelastungen festgestellt. Tatsächlich wurde stellenweise eine Sprengstoffkonzentration von mehr als 10% im Boden gemessen. Ein Wert, bei dem Brand- oder Explosionsgefahr nicht ausgeschlossen werden kann. Das erklärt auch das häufige Auftreten von kleineren Bränden während der Bauphase der dortigen Häuser.

Entscheidend war natürlich die Frage, ob und wie stark das Grundwasser vergiftet sein würde. Schließlich wurden noch 6 Grundwasser- Messungen bis in eine Tiefe von geplanten 30 Metern angeordnet. Eine der Messstellen befand sich direkt am Ehrenmal der 17 Todesopfer des Explosionsunglückes vom November 1945. Nach 15 Metern Bohrtiefe wurde die Bohrung dort allerdings eingestellt, da keine erhöhten Giftstoff- Konzentrationen festgestellt wurden. Darüber hinaus wurden der Landkreis und die Gemeinde aufgefordert, Trinkwasseruntersuchungen der Hausbrunnen auf rüstungsspezifische Stoffe untersuchen zu lassen. Umgehend wurden von 30 meist privaten Hausbrunnen an vorgegeben Punkten im Gebiet der Muna Wasserproben entnommen. Gottlob waren die Testergebnisse weitaus erfreulicher als zunächst befürchtet. In nur 2 Hausbrunnen wurden „sprengstofftypische Verbindungen" festgestellt, allerdings in einer Konzentration, die keine Gesundheitsgefährdung durch Grundwasser darstellen würde, versicherte der Leiter des Kreisgesundheitsamtes, Dr. Martin Haas, Ende 1994.

Gesundheitsgefährdende Giftstoffkonzentrationen im Grundwasser wurden also nicht nachgewiesen, aber in rund 100 Fällen von Bodenproben sind Restmengen von TNT festgestellt worden, überwiegend jedoch in so geringem Maße, dass eine generelle Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung nicht gegeben ist. So gab es zwar seitens des Landkreises im November 1994 eine vorsichtige Entwarnung, immerhin aber mit der Empfehlung an die betroffenen Hauseigentümer, von einem Gemüseanbau möglichst abzusehen und ein Spielen und Buddeln der Kleinkinder im Garten, zu vermeiden.



Auskofferung von 50 Kubikmeter Boden im Bereich der Memelstraße

Am 22. Juni 1995 lag dem Landkreis endlich der längst erwartete GEO- Data Abschlussbericht der Altlastuntersuchungen für das Wohngebiet Westerbuch vor. Nun bestand endlich Klarheit über das Ausmaß der Muna-Altlasten. Das Ergebnis bringt die Überschrift eines Harke Artikels vom 3. Juli 1995 auf den Punkt. „Explosionsgefahr auf einem Grundstück. Auswirkungen geringer als befürchtet, aber Sanierung erforderlich" Gemäß Bericht wurden bei 157 von insgesamt 636 untersuchten Bodenproben (25 %) geringfügige TNT- Belastungen nachgewiesen. Die stärker belasteten Böden seien erwartungsgemäß im Bereich der ehemaligen Schmelzhäuser, der Hülsenreinigung und der Kläranlagen zu verzeichnen. Eine Gefahr durch Einatmen der Raumluft besteht nicht, keine Risiken für spielende Kinder. Problematisch blieb allerdings die Grundwasserbelastung, weswegen künftig regelmäßig Analysen angeraten werden. Mindestens zwei Grundstücke an der Memelstraße wurden auf Grund hochgiftiger Rückstände als sanierungsbedürftig eingestuft und in einer Grundstückseinfahrt waren die Sprengstoffkonzentrationen so stark, dass akute Brand- und Explosionsgefahr bestand. Soweit der Ergebnisbericht.

Nachdem nunmehr Klarheit über mögliche Gefährdungspunkte bestand, beginnt der Kampfmittelbeseitigungsdienst, wiederum reichlich spät, Anfang Dezember 1996, mit den ersten Sanierungsmaßnahmen, hebt im Bereich Memelstraße, Thorner Straße und Frankensteiner Straße weit mehr als 50 Kubikmeter stark belasteten Boden aus und ersetzt diesen durch frischen Mutterboden. Hier an der tiefsten Stelle sammelten sich während der jahrelangen Munitionsherstellung Unmengen von Sprengstoffabfällen, weswegen man früher auch gerne im Volksmund vom „Memelsee" sprach. Weitere noch anstehende Sanierungsarbeiten zogen sich in die Länge. Endlich, zwei Jahre nach Beginn der ersten Maßnahmen, gab der Leiter des Kreisamtes für Abfallwirtschaft Manuel Wehrs am 11.12.1998 in einer Pressekonferenz

den Abschluss der Sanierung bekannt. „450 Tonnen Boden wurden ausgekoffert und durch neuen ersetzt und die vorsorglichen Nutzungseinschränkungen sind aufgehoben, das im Garten angebaute Gemüse kann unbedenklich verzehrt werden“. Damit war die Bodensanierung hinreichend behoben. Langendamm konnte aufatmen. Allerdings endet damit das Kapitel der Muna Altlasten Sanierung immer noch nicht ganz. Die Kontrolle der Grundwasserqualität bleibt auf Jahre hin unerlässlich. So wurden im Auftrag des Landkreises Nienburg und mit Bezuschussung durch das Land Niedersachsen vier Grundwasserbeobachtungsstellen - im Bereich der ehemaligen Kläranlage, der zwei Füllstellen und des Salpeterhauses- eingerichtet. Untersucht werden hier im Verlauf des Grundwasser Abstroms mögliche sprengstofftypische Verbindungen. „Untersuchungsergebnisse belegen, dass ein Schadstoffeintrag aus dem untersuchten Bereich stattgefunden hat, bzw. noch stattfindet“, heißt es in einem Pressemitteilung des Landkreises in der Harke vom 16. April 2016. Gesundheitsschädigende Konzentrationen scheinen nicht gegeben zu sein.

Da alle professionell durchgeführten Luft-/Boden- und Wasserüberprüfungen die gesetzlich zulässigen gesundheitsgefährdenden Höchstwerte offensichtlich nirgendwo überschreiten, kann für das ehemalige Muna Gebiet Langendamm eine erfolgreiche Beseitigung der Rüstungsaltlasten angenommen und damit generelle Entwarnung gegeben werden.

12. Langendamm heute



Langendamm hat durch den Bau der Muna eine wechselvolle und schwierige Epoche durchlaufen. Aus dem kleinen, unbedeutenden Heidedörfchen wurde ein bedeutender Munitionsversorgungspunkt der Deutschen Wehrmacht. Nach Räumung und Sprengung der vielen Bunker und Hallen fanden schließlich Hunderte von Heimatvertriebenen zunächst Notquartiere und später feste Wohnunterkünfte. So ist es nicht verwunderlich, dass der neu erschlossene Teil des Westerbuch fast ausschließlich von Heimatvertriebenen bewohnt ist. Ein Gedenkstein an der Ecke Breslauer Straße/ Memelstraße (s. Bild) erinnert an diese bemerkenswerte Bauphase. Binnen weniger Jahren ist Langendamm gewaltig gewachsen. Seine alteingesessenen Bewohner und die vielen Neuzugezogenen wuchsen schnell zu einer geschlossenen Einheit und Gemeinschaft zusammen.

Der Ort erfuhr im Zusammenhang mit der in Niedersachsen durchgeführten Gebiets- und Verwaltungsreform 1966 erstmalig auch eine größere politische Bedeutung durch den Zusammenschluss der Gemeinden Langendamm, Bolsehle, Groß-Varlingen, Linsburg, Schessinghausen und Husum zu einer Samtgemeinde. Die in den wenigen Nachkriegsjahren bis auf 3100 Bewohner angewachsene bevölkerungsmäßig stärkste Gemeinde Langendamm wurde als Mittelpunkt und Sitz der Verwaltungsstelle bestimmt und wegen der damals immer noch sehr waldreichen Gegend rund um die Mitgliedsgemeinden fortan „Im Wohlde“ genannt. Kurioserweise hielt diese Konstellation der Samtgemeinde nur wenige Jahre. Die Hannoverschen Regierungsbehörden sahen im Rahmen der landesweiten Gebietsreform auch eine Neugliederung Nienburgs und der umliegenden Gemeinden vor. Danach wurde die Samtgemeinde „Im Wohlde“ wieder aufgelöst und Langendamm mit Wirkung vom 1. März 1974 als Ortsteil in die Stadt Nienburg eingegliedert.

Durch die Muna hat Langendamm einen riesigen Wandel vollzogen. Stellt sich zum Schluss die Frage „Was hat sie für Langendamm gebracht: Vor- oder Nachteile“? Von beidem etwas, möchte man annehmen. So war die Situation nach Kriegsende speziell für die hiesige Bevölkerung vergleichsweise hart, chaotisch und unerträglich. Viele Verwundete und Tote nach Sprengung der Bunker durch frei herumlie-

genden Sprengstoff und scharfe Munitionsteile hatte man hier zu beklagen. Vor allem aber lag das mit gesundheitsgefährdenden Stoffen übersäte Betriebsgelände wie ein böser Fluch fünf Jahrzehnte über dem Ort. Erst nach Beseitigung der Altlasten kommen auch die Vorteile zu Tage. Die Muna bot Hunderten von heimatvertriebenen Landsleuten zunächst Notunterkünfte, dann bezahlbares Baugelände. Industriebetriebe siedelten sich an und gaben sehr vielen Menschen Arbeit, eine Grundvoraussetzung zum Neuaufbau einer Existenz. Der Ort hatte Anschluss gefunden und sich weiterentwickelt. 240 Hektar des Muna Geländes nutzt die Bundeswehr als Standortübungsplatz, 68 Hektar sind attraktives Wohngebiet. Aus dem ehemals verschlafenen kleinen Heidedörfchen mit weniger als 200 Einwohnern wurde Langendamm eine ansehnliche starke Gemeinde. Mit seinen heute noch rund 2600 Einwohnern verfügt Langendamm über eine relativ gute Infrastruktur, hat neben einer Bundeswehr Kaserne eine Grund- und Realschule, Kirche, Kindergarten, Sparkasse, Apotheke und Ärztehaus, sowie einen großen Discount-Laden im Ort. Zur Stadt Nienburg bestehen günstige Verkehrsverbindungen. Der Osterberg ist nicht nur wegen seiner ausgedehnten Heideflächen zur Heideblütenzeit sondern ganzjährig ein beliebter Anziehungspunkt für Erholungssuchende.

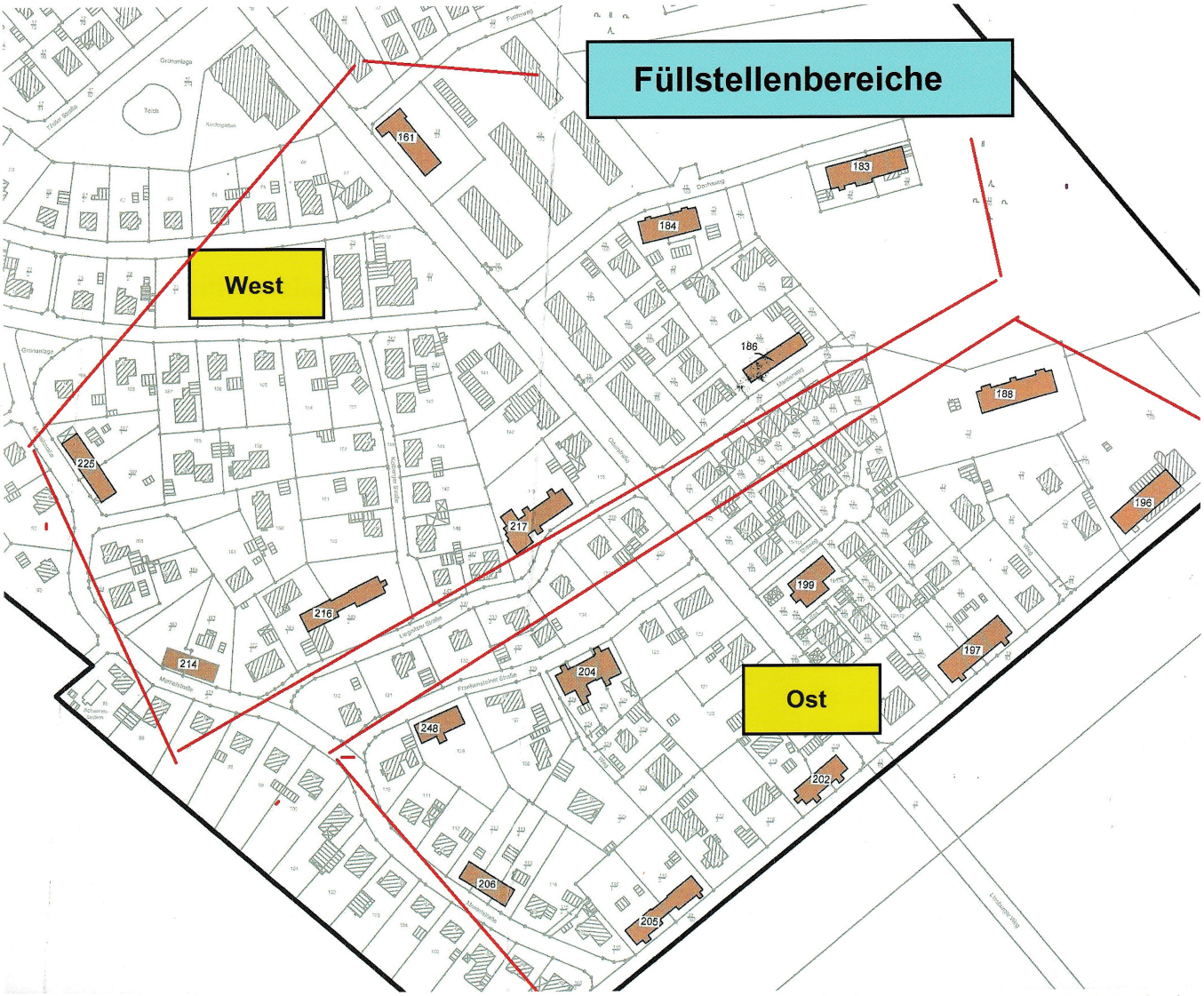
So hat Langendamm eine schicksalshafte Geschichte erfahren und ist heute, 72 Jahre nach Kriegsende und 22 Jahre nach Beseitigung der Kriegsaltlasten, ein liebenswerter Ort. Die Angst um die Sicherheit und Gesundheit gefährdenden Begleiterscheinungen der ehemaligen Munitionsfabrik ist verflogen. Heute stellt das einst vergiftete Muna-Gelände keine Gefährdung mehr dar. Geblieben ist die Erinnerung an aufregende, schicksalhafte Zeiten.

Anlage 1

29 Gebäude aus Muna-Zeiten werden heute noch genutzt.

Beispiel: Wohngebiet Westerbuch

Alle rot markierten Gebäude gehörten zu Muna-Zeiten zu den Füllstellen. Sie sind heute bewohnt bzw. werden genutzt.



Der Plan ist entnommen aus der Auflistung über den Bautenbestand ehemaliger Muna-Gebäude im heutigen Wohngebiet Westerbuch

Nutzung der Gebäude damals	Aussehen/Nutzung heute	Nutzung der Gebäude damals	Aussehen/Nutzung heute
			
Füllstation (Memelstraße) :	Wohnhaus	Fertigstellung (Liegnitzer Straße) :	Schlosserei

Nutzung der Gebäude damals — Aussehen/Nutzung heute



Kesselhaus (Oderstraße) : Knopffabrik/Wohnhaus



Lagerhaus (Führser Mühlweg) : Lagerhaus



Salpeterhaus (Marderweg) : Wohnhaus



Labor (Breslauer Straße) : Wohnhaus

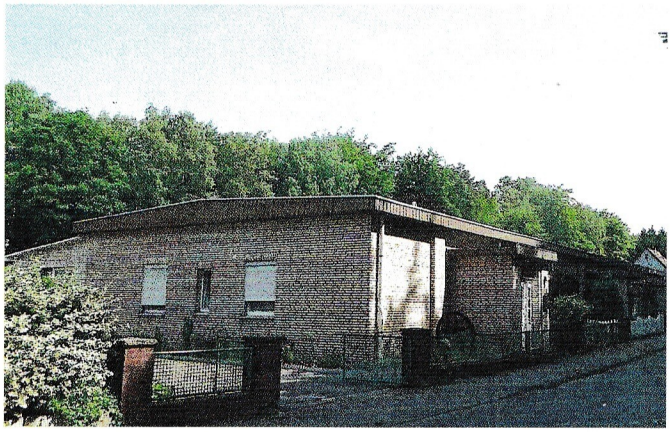
Nutzung der Gebäude damals — Aussehen/Nutzung heute



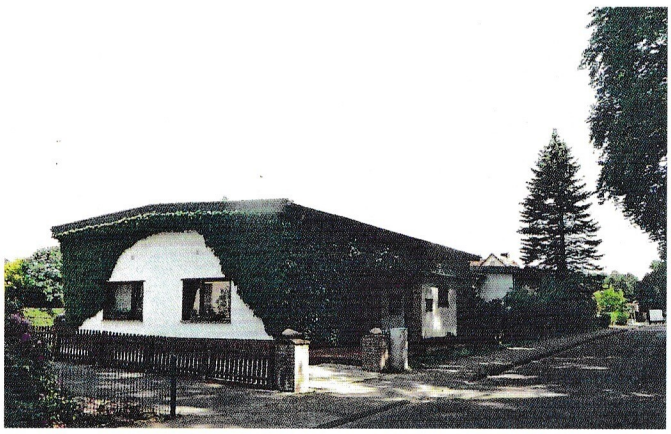
Versandhaus (Liegnitzer Straße) : Altenheim



Füllstation (Frankensteiner Straße) : Wohnhaus



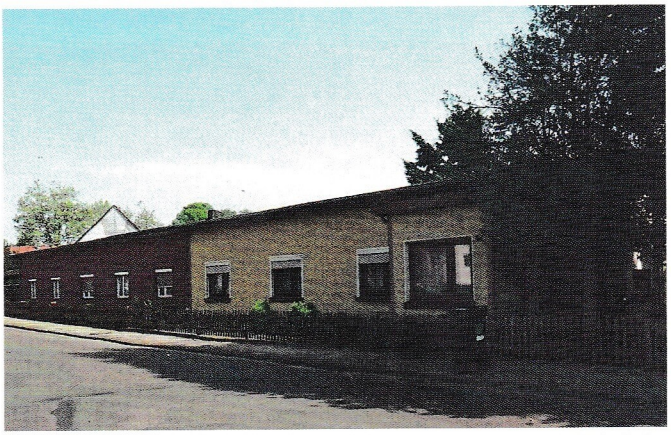
Lagerhaus (Fuchsweg) : Wohnhaus



Heizgitterhaus (Thorner Straße) : Wohnhaus



Fertigstellung (Thorner Straße) : Wohnhaus



Füllstelle (Memelstraße) : Wohnheim

Bereich Führser Mühlweg heute- ehemals administrativer Bereich



Wache (Führser Mühlweg) : Wohnhaus



Bauleitung (Führser Mühlweg) : Gaststätte



TBC-Heim (Führser Mühlweg) : Wohnheim



Sanitätsstation (Führser Mühlweg) : Wohnhaus

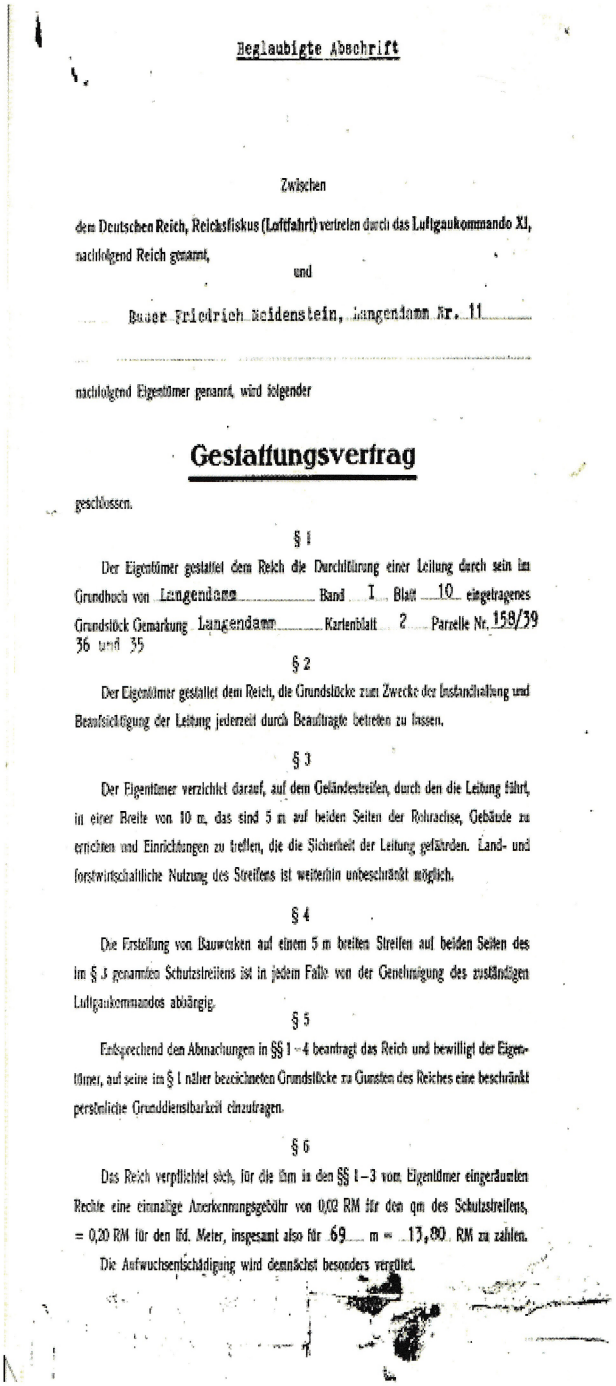


Verwaltung (Führser Mühlweg) : Bundeswehr



Fuhrpark (Führser Mühlweg) : Bundeswehr

Anlage 2
Gestattungsvertrag



Beglaubigte Abschrift

Zwischen

dem Deutschen Reich, Reichsfiskus (Luftfahrt) vertreten durch das Luftgaukommando XI, nachfolgend Reich genannt,

und

Bauer Friedrich Heidenstein, Langendamm Nr. 11

nachfolgend Eigentümer genannt, wird folgender

Gestattungsvertrag

geschlossen.

§ 1

Der Eigentümer gestattet dem Reich die Durchführung einer Leitung durch sein im Grundbuch von Langendamm Band I Blatt 10 eingetragenes Grundstück Gemarkung Langendamm Kartenblatt 2 Parzelle Nr. 158/39 36 und 35

§ 2

Der Eigentümer gestattet dem Reich, die Grundstücke zum Zwecke der Instandhaltung und Beaufsichtigung der Leitung jederzeit durch Beauftragte betreten zu lassen.

§ 3

Der Eigentümer verzichtet darauf, auf dem Geländestreifen, durch den die Leitung führt, in einer Breite von 10 m, das sind 5 m auf beiden Seiten der Rohrachse, Gebäude zu errichten und Einrichtungen zu treffen, die die Sicherheit der Leitung gefährden. Land- und forstwirtschaftliche Nutzung des Streifens ist weiterhin unbeschränkt möglich.

§ 4

Die Erstellung von Bauwerken auf einem 5 m breiten Streifen auf beiden Seiten des im § 3 genannten Schutzstreifens ist in jedem Falle von der Genehmigung des zuständigen Luftgaukommandos abhängig.

§ 5

Entsprechend den Abmachungen in §§ 1 – 4 beantragt das Reich und bewilligt der Eigentümer, auf seine im § 1 näher bezeichneten Grundstücke zu Gunsten des Reiches eine beschränkt persönliche Grunddienstbarkeit einzutragen.

§ 6

Das Reich verpflichtet sich, für die ihm in den §§ 1 – 3 vom Eigentümer eingeräumten Rechte eine einmalige Anerkennungsgebühr von 0,02 RM für den qm des Schutzstreifens, = 0,20 RM für den lfd. Meter, insgesamt also für 69 m = 13,80 RM zu zahlen.

Die Aufwuchsentschädigung wird demnächst besonders vergütet.

§ 7

Die in § 6 festgelegte einmalige Anerkennungsgebühr ist nach Eintragung der Grunddienstbarkeit im Grundbuch zu zahlen.

§ 8

Im Falle eines gemäß § 4 vom Luftgaukommando ausgesprochenen Bauverbots wird dem Eigentümer der ihm hierdurch entstandene und von ihm nachzuweisende Schaden besonders vergütet.

§ 9

Die Anbringung, die Unterhaltung, der Betrieb und die Wiederentfernung der Leitung nebst Zubehörteilen erfolgt auf Kosten des Reiches.

§ 10

Für Personen- und Sachschäden, die nachweislich durch die Anbringung, das Vorhandensein, die Unterhaltung, den Betrieb oder die Entfernung der Leitung nebst Zubehörteilen entstehen, haftet das Reich.

§ 11

Falls die Voraussetzungen für das in diesem Vertrag dem Reich eingeräumte Recht wegfallen, verpflichtet sich das Reich, die Löschung der eingetragenen Dienstbarkeit zu bewilligen.

§ 12

Die Kosten dieses Vertrages und seiner gesamten Durchführung übernimmt das Reich.

§ 13

Für alle aus diesem Vertrag entstehenden Streitigkeiten sind die Gerichte des Wohnsitzes des Grundstückseigentümers zuständig.

§ 14

Der Vertrag wird einmalig ausgefertigt.

Der Eigentümer erhält eine beglaubigte Abschrift.

Langendamm, den 30. Mai 1942 , den 194

Der Eigentümer

gez. Friedrich Heidenstein

Kostenfrei: § 10 Kosten-Ordnung.

Für das
Deutsche Reich, Reichsfiskus (Luftfahrt)

Luftgaukommando XI

In Auftrage

gez. Heinrich Aue
Regierungsxxx Ob.Insp.

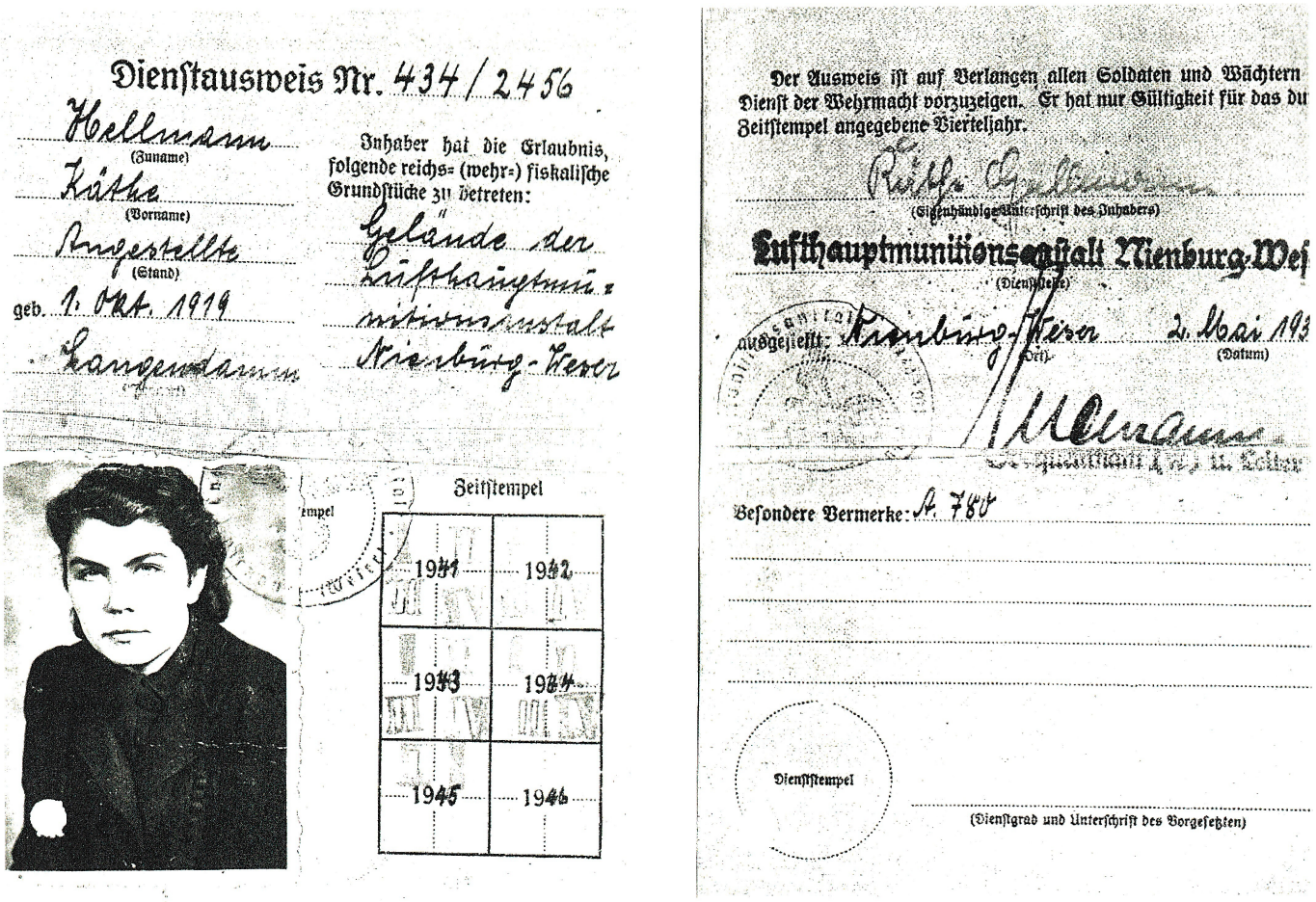
Geschlossen:
Langendamm, den 30. Mai 1942
gez. Emil Grenzel, Reg.Insp.
Urkundsbeamter

Die Übereinstimmung vorstehende
Abschrift mit der Urschrift wir
hierdurch beglaubigt:
Hamburg-Blankenese, den 7. Aug. 194

Reg. . . Insp.

Anlage 3

Der Dienstausweis der Zeitzeugin Käthe Hellmann



Dienstausweis Nr. 434/2456

Hellmann (Zuname)

Käthe (Vorname)

Angestellte (Stand)

geb. 1. Okt. 1919

Langendamm

Inhaber hat die Erlaubnis, folgende reichs- (wehr-) fiskalische Grundstücke zu betreten:

Gelände der Lufthauptmunitionsanstalt Nienburg-Weser

Zeitstempel

1941	1942
1943	1944
1945	1946

Der Ausweis ist auf Verlangen allen Soldaten und Wächtern Dienst der Wehrmacht vorzuzeigen. Er hat nur Gültigkeit für das du Zeitstempel angegebene Vierteljahr.

Käthe Hellmann (Eigenhändige Unterschrift des Inhabers)

Lufthauptmunitionsanstalt Nienburg-Wes (Dienststelle)

ausgestellt: Nienburg-Weser (Ort) 2. Mai 193 (Datum)

Besondere Vermerke: A. 780

Dienststempel

(Dienstgrad und Unterschrift des Vorgesetzten)

Anlage 4

Registrierung der Zwangsarbeiter



Nadja aus der Ukraine, eine ehemalige 16jährige Zwangsarbeiterin, bittet in einem Schreiben den Nienburger Bürgermeister um eine Bescheinigung über ihre Beschäftigung in der Muna Langendamm als Beleg zur Aufbesserung ihrer Rente. Die Leiterin des Stadt- und Kreisarchivs, Frau Patricia Berger findet in ihren, leider nur bruchstückhaft vorhandenen Unterlagen, die entsprechende Meldekarte. Im Falle Nadja konnte weiter geholfen werden.



Anmeldung bei der polizeilichen Meldebehörde

Der Bürgermeister

18. Sep. 1943

Langendamm

Nienburg (Weser)

Straße Platz Nr.

als Mieter Untermieter bei

vom Reichsarbeitsdienst vom Wehrdienst

Nr.	Familienname	Vornamen	Familienstand	Beruf	Geburts-			Staatsangehörigkeit		Wohnort und Wohnung				
1														

Anlage 5

Ein Bild zur Erinnerung an das alte Langendamm

Die Eiche am früheren „Stelling`schen Kamp“ war ein Wahrzeichen zwischen dem alten Heidedörfchen Langendamm und dem Westerbuch, vormals Bereich der Muna. Die Eiche musste beim Ausbau des ehemaligen „Kampweges“, heute „Ostlandstraße“ leider dem Verkehr weichen.



Das Foto wurde im Frühjahr 1955 aufgenommen.

Im Hintergrund links im Bild, ist der Schlauchturm des ehemaligen Feuerwehrgerätehauses der Muna deutlich zu erkennen. Dieses Gebäude diente nach dem Krieg der Familie Karl Wortmann als Wohngebäude. Von 1966 bis 1974 wurde es als Sitz der Samtgemeindeverwaltung „Im Wohlde genutzt.
Das Gebäude (Bildmitte, in Verlängerung des Weges) hat am 2. Juni 1969 die Kreissparkasse Nienburg übernommen und war längere Zeit auch eine Filiale der Post.

Der Wald rechts im Hintergrund musste 1956 dem Bau der Kaserne weichen.

Im Vordergrund links stehen heute die hübschen Häuser des „Eichenkamp“, auf der rechten Seite verläuft der „Marienburger Weg“

Quellenangabe

– Seite 5:	Kurhannoversche Landesaufnahme, Nienburg und Umgebung im 18. Jahrhundert: Kartenausschnitt,
– Seite 7:	Lexikon der Wehrmacht : Wikipedia.org, alle Zahlenangaben über Rüstungsprogramme
– Seite 9	(2x), 10, 12, 13 (2x), 16 (2x), 17 2x, 18 (3x) 19 (2x)20 (2x), 25, 30, 31, 32, 39 (2x) Privatarchiv von Alfred Dreppenstedt: Fotos
– Seite 11, 14, 15, 22, 35, 38:	GEO-Data: Lagerpläne, Ergänzende Einträge durch den Verfasser
– Seite 12, 13, 5, 33, 36 (2x), 42	„Dokumentation über den Bautenbestand der Muna Langendamm“ vom Fachbereich Stadtentwicklung der Stadt Nienburg:
– Seite 14, 30 (2x)	Wikipedia, relicte.com
– Seite 16:	„Eine gänzlich zerstörte Stadt“ Doktorarbeit vorgelegt von Ralph Trost, Xanten 2001: Aussagen zu Lagerführung, Untergliederung in 5 Abteilungen und Unterstellungsverhältnis
– Seite 17	Zwangsarbeiter-Archiv.de: Erklärung Arbeitserziehungslager
– Seite 19:	Abhandlung über die „Geschichte der MUNA Langendamm“ von Ingrid Sprock:
– Seite 19-21:	Buch „Langendamm aus der Geschichte eines Dorfes“ von Wilhelm Stelling, 1976 zeitliche Nutzung der beiden Arbeitslager Sprock., alle Zahlenangaben über Zwangsarbeiter
– Seite 22, 37, 39	Verschiedene HARKE Pressemitteilungen, Fotos und inhaltliche Aussagen
– Seite 29-31	Auszüge aus Manuskripten von Alfred Dreppenstedt
– Seite 23-27	Auszüge aus Zeugenbefragung Alfred Dreppenstedt und Frau Martha Bujara
– Seite 28:	Verschiedene Angaben Aus Tagebuch der Zeitzeugin K. Müller-Witte, geb. Käthe Hellmann zu Ereignissen am Ende des Krieges
– Seite 39- 40:	Gutachten des Niedersächsischen Landesamtes für Wasser und Abfall, alle zahlen mäßigen Angaben über durchgeführte Bodenproben
– Seite 41-4	Anlagen



Der Osterberg
– Teil der ehemaligen Munitionsanlage –
heute beliebtes Naherholungsgebiet